

ZUKUNFTSFORUM
POL



90 | 2008
Uwe Backes

Die Entzauberung der Extremisten?

ERFOLGSBEDINGUNGEN DER NPD
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



ISBN 978-3-940955-20-3

www.kas.de

INHALT

5		VORWORT
7		1. EINFÜHRUNG
13		2. WAHLENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN RECHTSAUSSENPARTEIEN SEIT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
20		3. ERFOLG BEGÜNSTIGENDE FAKTOREN
		3.1 Politische, soziale, ökonomische, kulturelle Rahmenbedingungen
		3.2 Politische Gelegenheitsstrukturen
		3.3 Stärken der NPD
43		4. ERFOLG ERSCHWERENDE FAKTOREN
65		5. STRATEGIEN ZUR ENTZAUBERUNG DER EXTREMISTEN
72		DER AUTOR
73		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-20-3

VORWORT

Winston Churchill wird das Zitat zugeschrieben, „*die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.*“ Damit wollte der britische Staatsmann verdeutlichen, dass die Demokratie jeden Tag neu erarbeitet, ja zuweilen auch unter Schwierigkeiten erkämpft werden muss. Das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit und die geregelte Auflösung von Interessengegensätzen stellt immer neue Herausforderung an die Politik. Dazu gehört, die Demokratie gegen ihre Feinde, gegen die Extremisten gleich welcher Couleur, entschieden zu verteidigen.

Diese Auseinandersetzung – insbesondere mit den Gegnern der Demokratie vom rechten Rand unserer Gesellschaft – ist in den vergangenen Jahren schwieriger und vielschichtiger geworden: Die Rechtsextremisten haben ihre Taktik verändert. Sie haben ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert. Sie versuchen, sich einen bürgerlichen „Anstrich“ zu geben und versprechen sich davon größere Akzeptanz.

In dieser Studie stehen die Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen der deutschen Rechtsaußenparteien auf dem Prüfstand. Erfolg begünstigende wie vereitelnde Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen werden analysiert. Neben der Nachfrageseite ist die Angebotsseite, d.h. insbesondere die Stärken und Schwächen der NPD, zu berücksichtigen. Die Studie schließt mit einer kritischen Sichtung der Instrumente zur „Entzauberung“ der Extremisten.

Mit der Studie will die Konrad-Adenauer-Stiftung den antitotalitären Grundkonsens stärken und gegen Extremismen immunisieren, indem sie für die Demokratie wirbt, indem sie die Vorzüge dieser Staatsform immer wieder neu erklärt, indem sie Demokraten heranbildet und zur Übernahme von Verantwortung für Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenrechte ermuntert. Der antitotalitäre Grundkonsens gegen jede Form von Extremismus, der unserer Demokratie und

der Idee der wehrhaften Idee zugrunde lag, droht verloren zu gehen. Wir knüpfen an diesen Grundkonsens an.

Die Demokratie zu stärken, den Wertekonsens zu festigen und politische Willensbildung zu unterstützen, gehört zu ihren Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir wollen die Zukunft der Demokratie sichern – und mit der Demokratie die Zukunft sichern. Zu dieser Aufgabe soll diese Studie einen wichtigen Beitrag leisten.

Berlin, im August 2008

Dr. Michael Borchard

*Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

1. EINFÜHRUNG

Zwei aufeinander folgende Weltanschauungsdiktaturen mit rechts- und linksextremistischer Ideologie haben in Deutschland bei den Eliten wie in breiten Bevölkerungskreisen zu einer nachhaltigen Entzauberung des politischen Extremismus¹ beigetragen. Doch zeigt das deutsche Parteiensystem im neuen Jahrtausend unübersehbare Zeichen einer graduellen Repolarisierung, die keineswegs von einer Reideologisierungswelle gespeist wird. Nicht zuletzt die Folgeprobleme der Transformation im Osten, des demographischen Wandels und der Globalisierung haben zur Verbesserung der Erfolgchancen extremistischer Akteure beigetragen.

Die extrem-kriminelle Dimension des Nationalsozialismus trug in den Nachkriegsjahrzehnten maßgeblich dazu bei, dass rechtsextreme Parteien bei Wahlen im westlichen Deutschland im allgemeinen schwächer abschnitten als in einigen europäischen Ländern mit älterer Demokratietradition (wie etwa Frankreich). An keiner der drei wahlpolitischen Mobilisationswellen, die Politikwissenschaftler für das Nachkriegseuropa rückblickend unterschieden, waren deutsche Rechtsaußenparteien überproportional beteiligt.² Stetigkeit und Intensität der Protestdynamiken verringerten sich zudem im Laufe der Jahrzehnte.

Dieser Befund bedarf auch für die Zeit nach der epochalen Wende von 1989/90 bislang keiner grundlegenden Revision. Das vereinte Deutschland zählt zwar nicht zu denjenigen

europäischen Ländern (wie etwa Finnland, Island, Luxemburg oder Portugal), in denen Rechtsaußenparteien völlig bedeutungslos geblieben sind. Es gehört aber ebenso wenig der (gar nicht so kleinen) Gruppe jener EU-Mitgliedsstaaten an, wo Rechtsaußenparteien auf nationaler Ebene erdrutschartige Stimmengewinne verbuchen und erheblichen Einfluss auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung gewinnen konnten.³ Ein Blick auf die Ergebnisse der letzten Europawahlen (2004) genügt, um dies hinlänglich zu verdeutlichen. Die Republikaner (REP), die als einzige deutsche Formation eine Legislaturperiode lang im Europäischen Parlament vertreten waren (1989-1994), erhielten lediglich 1,9 Prozent der Stimmen. Mit der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD; 0,9 Prozent) betrug der Stimmenanteil insgesamt 2,8 Prozent. Das höchste Einzelergebnis erzielte die *Liga der Polnischen Familien* (LPR) mit 15,9 Prozent. Ihr folgte der belgische *Vlaams Blok* (VB) mit 14,3 Prozent. Die 1994 aus dem neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) hervorgegangene italienische *Alleanza Nazionale* (AN) kam auf 11,5 Prozent der Stimmen. Allerdings hat diese Partei einen demokratischen Akkulturationsprozess durchlaufen und dürfte inzwischen weitgehend als systemloyale Kraft anzusehen sein.⁴ Dies gilt nicht für die übrigen italienischen Rechtsaußenparteien: *Lega Nord* (LN), *Lista Mussolini* und *Fiamma Tricolore*, die zusammen auf 6,9 Prozent der Stimmen kamen. Die französische *Front National* (FN), deren Erfolgsserie seit Mitte der achtziger Jahre Vorbildcharakter für viele andere europäische Formationen hatte, gewann 9,8 Prozent der Stimmen. Die *Dänische Volkspartei* (DF) erzielte 6,9 Prozent, die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) – in einer Phase des Niedergangs als Folge des Eintritts in eine ÖVP-geführte Koalitionsregierung, vor der Parteisplaltung von 2005 – 6,3 Prozent der Stimmen.

Tab. 1: Rechtsaußenparteien bei den Europawahlen 2004

	Prozent	Mandate
<i>Belgien</i> Vlaams Blok (VB)	14,3	3
<i>Dänemark</i> Dansk Folkeparti (DF)	6,8	1
<i>Deutschland</i> Die Republikaner (REP) Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	1,9 0,9	0 0
<i>Frankreich</i> Front National (FN)	9,8	7
<i>Italien</i> Alleanza Nazionale (AN) Lega Nord (LN) Lista Mussolini Fiamma Tricolore	11,5 5,0 1,2 0,7	9 4 1 1
<i>Österreich</i> Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	6,3	1
<i>Polen</i> Liga Polskich Rodzin (LPR)	15,9	10
<i>Slowakei</i> Prava Slovenská národná strana	2,0	0

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre eine slowakische Formation ins Europaparlament eingezogen, hätten sich die Nationalisten in Bratislava in einem Rechtsstreit rasch verständigen können. Bei den Parlamentswahlen von 2006 erzielte die neu vereinte *Slovenská národná strana* (SNS) 11,7 Prozent der Stimmen und zog als Juniorpartner in eine von der linkspopulistischen Partei Smer geführte Koalitionsregierung ein.⁵ Nach Italien und Österreich stellte die Slowakei damit den dritten Fall einer Regierungsbeteiligung von Rechtsaußenparteien dar. Die neuen EU-Länder Bulgarien und Rumänien entsandten nach dem EU-Beitritt im Januar 2007 acht nationalistische Abgeordnete (drei von der bulgarischen *Ataka*, fünf von der Großrumänienpartei *Partidul Româneea Mare* (PMR)) ins Europäische Parlament und ermöglichten auf diese Weise die Bildung einer Fraktion („Identität, Souveränität, Tradition“) unter Beteiligung von FN, VB, FPÖ, eines Fraktionswechslers von der souveränistischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP; Ashley Mote) sowie zweier Abgeord-

neten der kleinen italienischen Formationen *Alternativa Sociale* (Alessandra Mussolini) und *Fiamma Tricolore* (rechtsextremer MSI/AN-Splitter). Durch den Austritt der rumänischen Abgeordneten (kurz vor dem Verlust der PMR-Mandate in der rumänischen Europawahl) büßte die Gruppierung bereits im November 2007 wieder ihren Fraktionsstatus ein.

Die Fragilität des Bündnisses beruhte teilweise auf seiner programmatischen Heterogenität. Die erwähnten Rechtsaußenparteien bilden keinen Block, zumal einige (wie AN, LN und DF) für eine Fraktionsbildung von vornherein nicht zur Verfügung standen. Gerade die bei Wahlen erfolgreichen Formationen weisen vielfach ein diffuses ideologisch-programmatisches Erscheinungsbild auf, mischen Nationalismus und populistischen Protest gegen die „Etablierten“,⁶ oszillieren zwischen heftiger Systemaversion und Semiloyalität, durchlaufen darüber hinaus auch nicht vorhersehbare Veränderungsprozesse.

Gilt das auch für die deutschen Rechtsaußenparteien, insbesondere die NPD, die in den letzten Jahren die meiste Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat? Ist das starke öffentliche Interesse angemessen, wenn die deutschen Formationen im europäischen Vergleich eher schwach zu sein scheinen? Gibt es Tendenzen eines nachhaltigen Erstarkens? Vermindert sich die immunisierende Wirkung der „Last der Vergangenheit“? Sind für die Zukunft dauerhafte politische Terraingewinne zu befürchten? Besteht gar die Gefahr einer Dekonsolidierung der Demokratie? Welche Strategien zur Entzauberung der Extremisten bieten sich an? Der folgende Beitrag versucht, Antworten auf diese Fragen zu geben, indem er die Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen der deutschen Rechtsaußenparteien, vor allem der im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stehenden NPD, vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen auf den Prüfstand stellt. Nach einer Skizze zur Wahlentwicklung im vereinten Deutschland werden nacheinander Erfolg begünstigende wie vereitelnde Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen analysiert. Neben der Nachfrageseite ist die Angebotsseite, d.h. insbesondere die Stärken und Schwächen der NPD, zu berücksichtigen. Der Beitrag schließt mit einer kritischen Sichtung der Instrumente zur „Entzauberung“ der Extremisten.

- 1] *Politischer Extremismus dient als Sammelbezeichnung für all jene Gruppierungen/Bestrebungen, die sich gegen fundamentale Werte und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten richten. Die Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts hat die entsprechenden Prinzipien mit dem Begriff der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ umschrieben. Sie entsprechen weitgehend den Kriterien minimaler Demokratiedefinitionen, wie sie in der vergleichenden Systemforschung Verwendung finden, anknüpfend etwa an den „Polykratie“-Begriff Robert A. Dahls, bei dem allerdings der Aspekt der Gewaltenkontrolle unterbelichtet erscheint. Vgl. Robert A. Dahl, *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven 1971. Der Begriff der „Rechtsaußenparteien“ vermeidet eine Zuordnung zum Extremismusbegriff, findet im Folgenden aber nur Anwendung auf Parteien, die zumindest in Teilen extremistische Tendenzen erkennen lassen, wie sie etwa in den Berichten der Verfassungsschutzämter erfasst werden. Siehe zu den Definitionsproblemen ausführlich: Backes, Uwe: *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006. – S. 233-240.*
- 2] *Vgl. Beyme, Klaus von: Right-wing Extremism in Post-war Europe. In: Ders. (Hrsg.): Right-wing Extremism in Western Europe. – London: Special Issue West European Politics, 11, 1988. – S. 1-18; Moreau, Patrick: Die extreme Rechte in Europa – Ein Vergleich. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. – Baden-Baden: Nomos Verlag, 2007. – S. 33-54. Zimmermann, Ekkart / Saalfeld, Thomas: The Three Waves of West-German Right-Wing Extremism. In: Merkl, Peter H. / Weinberg, Leonard (Hrsg.): Encounters with the Contemporary Radical Right. – Boulder: Westview Press, 1993. – S. 50-74.*
- 3] *Die Literatur zum europäischen Rechtsextremismus und Nationalpopulismus ist inzwischen sehr umfangreich. Eine aktuelle Übersicht vermitteln folgende Bände: Casals, Xavier (Hrsg.): Political Survival on the extreme Right. European Movements between the inherited Past and the need to adapt to the future. – Barcelona: ICPS, 2005. Eatwell, Roger / Mudde, Cas (Hrsg.): Western Democracies and the New Extreme Right Challenge. – London: Routledge, 2003. Blaise, Pierre / Moreau, Patrick (Hrsg.): Extrême droite et national-populisme en Europe de l'Ouest. Analyse par pays et approches transversals. – Brüssel: CRISP, 2004. Griffin, Roger / Loh, Werner / Umland, Andreas (Hrsg.): Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right. – Stuttgart: Ibidem Verlag, 2006. Hainsworth, Paul (Hrsg.): The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream. – London: Pinter, 2000. Ignazi, Piero: Extreme Right Parties in Western Europe. – Oxford: Oxford Univ. Press, 2003. Klandermands, Bert / Mayer, Nonna: Extreme Right Activists in Europe. Through the Magnifying Glass. – London: Routledge, 2006. Merkl, Peter H. / Weinberg, Leonard (Hrsg.): Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century. – London: Cass, 2003. Pascal Perrineau (Hrsg.): Les croisés de la société fermée. L'Europe des extrêmes droites. – Paris: 2001.*
- 4] *Vgl. Höhne, Roland: Der Sieg der Demokratie – Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozialbewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale. In: Extremismus & Demokratie, 19 (2007) (im Erscheinen). Ignazi, Piero: Legitimation and evolution on the Italian right wing: social and ideological repositioning of Alleanza Nazionale and the Lega Nord. In: South European Society & Politics 10 (2005), S. 333-349.*
- 5] *Vgl. Mareš, Miroslav: Länderporträt Slowakei. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19 (2007) (im Erscheinen).*

- 6/ Vgl. zur Begrifflichkeit: Backes, Uwe: „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen. In: Ders. (Hrsg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*. – Köln: Böhlau, 2003. – S. 15-52. Decker, Frank: *Der neue Rechtspopulismus*. – Wiesbaden: Leske+Budrich, 2004. Hartleb, Florian: *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*. – Wiesbaden: VS, 2004.

2. WAHLENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN RECHTSAUSSENPARTEIEN SEIT DER VEREINIGUNG

Die Geschichte der rechtsextremen Parteien im westlichen Deutschland war trotz zeitweiliger regionaler Erfolge – der Sozialistischen Reichspartei (SRP) zu Beginn der fünfziger Jahre, der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, der REP Ende der achtziger und neunziger Jahre – überwiegend von Niederlagen und zunehmender Marginalisierung geprägt.¹ Keine Formation kam jemals auch nur in die Nähe einer bundesweiten Etablierung. Diese Situation hat sich bis heute nicht grundlegend geändert. Doch scheinen die Folgeprobleme der deutschen Vereinigung die Mobilisierungschancen in jüngerer Zeit wieder erhöht zu haben – eine Entwicklung, die in den ersten Jahren nach der epochalen Zäsur von 1989/90 noch kaum absehbar war.

Die neuen Bundesländer zeigten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre keine besondere Anfälligkeit für rechtsextreme Wahlmobilisierungen. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl vom Dezember 1990 schnitten die Rechtsaußenparteien im alten Bundesgebiet besser ab als auf dem Territorium der Ex-DDR.² Doch auch in den westlichen Ländern blieben sie weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Die REP, die bei der Europawahl 1989 (7,1 Prozent) die Fünfprozenthürde überschritten und bei Landtagswahlen für Furore gesorgt hatten, erzielten nur 2,1 Prozent der Zweitstimmen.

Der unverhoffte Vereinigungsprozess hatte die Streitthemen der Partei (vor allem die Ausländer- und Asylproblematik) zeitweilig in den Hintergrund treten lassen.³ Der Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien⁴ belief sich auf 2,6 Prozent im Wahlgebiet West und nur 1,6 Prozent im Wahlgebiet Ost (siehe Tab. 2).

Tab. 2: Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien bei den Bundestagswahlen 1990-2005 nach Wahlgebieten West und Ost

	Wahlgebiet West (in Prozent)				Wahlgebiet Ost (in Prozent)				Differenz (Prozentpunkte)
	DVU	REP	NPD	Summe	DVU	REP	NPD	Summe	
1990	--	2,3	0,3	2,6	--	1,3	0,3	1,6	-1,0
1994	--	2,0	--	2,0	--	1,3	--	1,3	-0,7
1998	0,8	1,9	0,1	2,9	2,8	1,5	0,7	5,0	+2,1
2002	--	0,6	0,3	0,9	--	0,5	1,2	1,7	+0,8
2005	--	0,6	1,1	1,7	--	0,4	3,6	4,0	+2,3

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken. Wahlgebiet West entspricht dem früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West), Wahlgebiet Ost dem Territorium der ehemaligen DDR (einschließlich Berlin-Ost).

Bei der darauf folgenden Bundestagswahl zeigte sich wie schon bei Landtagswahlen zuvor, dass die REP ihren Höhepunkt überschritten hatten. Ihr Stimmenanteil ging im Westen von 2,3 auf 2,0 Prozent zurück, obwohl weder DVU noch NPD als Konkurrenten auftraten. Im Osten hingegen konnten sie ihren – bescheidenen – Stimmenanteil von 1,3 Prozent behaupten. Die Ost-West-Differenz schrumpfte auf 0,7 Prozentpunkte.

Die Bundestagswahl 1998 zeigte erstmals steigende Mobilisierungschancen der Rechtsaußenparteien im östlichen Deutschland. Von ihnen profitierten zudem „härtere“ Formationen. Zeitweilig galt die DVU als aussichtsreichste Anwärterin auf die Nachfolge der REP in der Rolle der rechtsextremen Wahl-Lokomotive. Sie blieben im Westen hinter den REP zurück, überrundeten sie jedoch im Osten (2,8 Prozent), obwohl die REP hier – im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet – leicht zulegen konnten (von 1,5 auf 1,9 Prozent). Die DVU hatte wenige Monate zuvor bereits bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt, als sie mit dem sensationellen Ergebnis von 12,9 Prozent in den Magdeburger Landtag eingezogen war.⁵ Die Resultate der NPD erschienen daneben sehr bescheiden, obwohl ihr Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 1998 im Wahlgebiet Ost immerhin 0,7 Prozent

erreichte – ein Vielfaches ihres Anteils im Westen (0,1 Prozent). Die Summe der Stimmenanteile der drei Rechtsaußenparteien betrug im Osten 5,0 Prozent und lag damit um 2,1 Prozentpunkte über den Ergebnissen der Westländer.

Tab. 3: Zweitstimmenanteile von Rechtsaußenparteien über drei Prozent bei Landtagswahlen, 1990-2006

Land	Wahljahr	Partei	Zweitstimmenanteil (Prozent)	Mandate
Bayern	1990	REP	4,9	--
Saarland	1990	REP	3,4	--
Berlin	1990	REP	3,1	--
Bremen	1991	DVU	6,2	6
Baden-Württemberg	1992	REP	10,9	15
Schleswig-Holstein	1992	DVU	6,3	6
Hamburg	1993	REP	4,8	--
Bayern	1994	REP	3,9	--
Niedersachsen	1994	REP	3,7	--
Baden-Württemberg	1996	REP	9,1	14
Schleswig-Holstein	1996	DVU	4,3	--
Hamburg	1997	DVU	4,9	--
Bayern	1998	REP	3,7	--
Sachsen-Anhalt	1998	DVU	12,9	16
Brandenburg	1999	DVU	5,3	5
Bremen	1999	DVU	3,0	1
Thüringen	1999	DVU	3,1	--
Baden-Württemberg	2001	REP	4,4	--
Saarland	2004	NPD	4,0	--
Sachsen	2004	NPD	9,2	12
Brandenburg	2004	DVU	6,1	6
Sachsen-Anhalt	2006	DVU	3,0	--
Berlin-Ost	2006	NPD	4,0	--
Mecklenburg-Vorpommern	2006	NPD	7,3	6
Bremen (Wahlbereich Bremerhaven)	2007	DVU	5,4	1

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

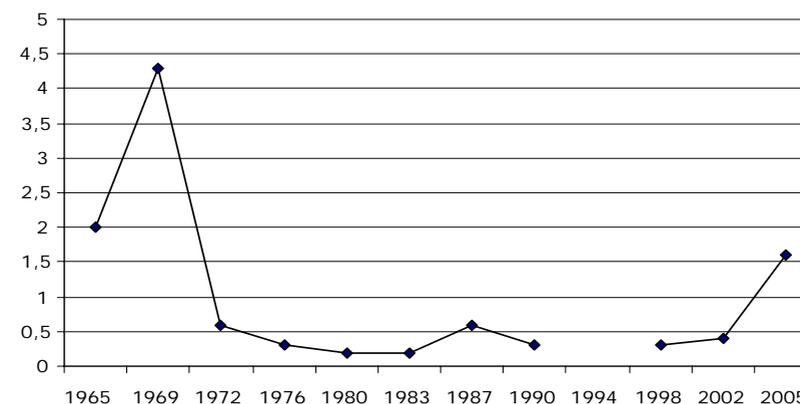
Dass die NPD im Osten auf Landesebene einmal ähnlich hohe Werte erreichen könnte wie die DVU (oder die REP im Westen), hielten viele Beobachter für sehr unwahrscheinlich. Wider Erwarten vermochte die Partei jedoch allmählich Terraingewinne zu verbuchen. Bei der Bundestagswahl 2002 kam sie im Westen zwar nur auf 0,3 Prozent, erreichte aber im Osten immerhin einen Stimmenanteil von 1,2 Prozent. Sie profitierte dabei vom weiteren Niedergang der REP und der Wahlabstänzigkeit der DVU, deren Personaldecke für eine bundesweite Kandidatur zu schwach war und deren auseinander gebrochene sachsen-anhaltinische Landtagsfraktion für ständige Negativschlagzeilen gesorgt hatte. Die NPD konnte den Stimmenverlust der beiden Konkurrenten allerdings nicht ausgleichen, und im Osten schnitten die beiden Rechtsaußenparteien nur um 0,8 Prozentpunkte besser ab als im Westen.

Wie das Wahljahr 2004 bewies, war die NPD noch nicht am Ende ihrer Mobilisierungsfähigkeit angelangt. Im Saarland kam sie auf 4,0 Prozent, in Sachsen konnte sie mit 9,2 Prozent der Stimmen seit 1968 erstmals wieder in einen Landtag einziehen. Zugleich gelangte die DVU in Brandenburg zum zweiten Mal in Folge und mit einem etwas verbesserten Stimmenergebnis (6,1 Prozent) in das Landesparlament. Bei den Landtagswahlen in Thüringen fiel das Ergebnis vergleichsweise bescheiden aus, doch erreichten REP und NPD zusammen immerhin 3,6 Prozent. Auch bei den Landtagswahlen des Jahres 2006 erzielten Rechtsaußenparteien im Osten überall drei Prozent der Stimmen und mehr: in Sachsen-Anhalt kam die DVU auf 3,0 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD erneut in ein Landesparlament ein (mit 7,3 Prozent).⁶ Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erzielte sie im Osten 4,0 Prozent der Stimmen (im Westen 1,7 Prozent). In den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf (5,4 Prozent) und Lichtenberg (5,1 Prozent) überschritt der Stimmenanteil die Fünfprozentmarke. Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am gleichen Tag erhielt sie neun von ihren insgesamt elf Mandaten in den östlichen Bezirken.⁷

Die Differenz der beiden Wahlgebiete Ost/West war bereits zuvor bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom September 2005 zum Ausdruck gekommen. Die NPD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 2002 vervierfachen und erzielte mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen das drittbeste Ergebnis ihrer Wahlgeschichte. Sie blieb zwar deutlich hinter dem Ergebnis von 1969 zurück, als sie mit 4,3 Prozent knapp an der Fünfprozentmarke gescheitert war. Doch kam sie diesem

Ergebnis im Wahlgebiet Ost (einschließlich Berlin-Ost) mit 3,6 Prozent erheblich näher als im Wahlgebiet West (1,1 Prozent).

Abb. 1: NPD-Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 1965-2005



Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken. Bei der Bundestagswahl 1994 hatte die NPD auf eine Kandidatur verzichtet.

In allen östlichen Ländern überschritt sie den Durchschnittswert des Wahlgebiets West deutlich. Zwischen dem „stärksten“ westlichen Land (Saarland: 1,8 Prozent) und dem „schwächsten“ östlichen (Sachsen-Anhalt: 2,5 Prozent) lagen immerhin noch 0,7 Prozentpunkte. Das beste Ergebnis auf Landesebene erzielte die NPD, angesichts früherer Ergebnisse nicht überraschend, in Sachsen mit 4,8 Prozent der Zweitstimmen. Eine Hochburg blieb der Wahlkreis Sächsische Schweiz (7,1 Prozent der Zweitstimmen; Direktkandidat: der Königsteiner Fahrlehrer Uwe Leichsenring).

Tab. 4: Ergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 (Bund und Länder)

	Erststimmen 2005		Erststimmen 2002		Zweitstimmen 2005		Zweitstimmen 2002	
Bund	857.777	1,8%	103.209	0,2%	748.568	1,6%	215.232	0,4%
Baden-W.	92.847	1,6%	3.499	0,1%	66.644	1,1%	16.404	0,3%
Bayern	126.059	1,8%	--	--	95.196	1,3%	16.796	0,2%
Berlin	33.508	1,8%	10.893	0,6%	29.070	1,6%	11.260	0,6%
Brandenb.	51.389	3,3%	10.772	0,7%	50.280	3,2%	23.271	1,5%
Bremen	5.513	1,5%	1.279	0,3%	5.341	1,4%	1.801	0,5%
Hamburg	10.135	1,1%	4.159	0,4%	9.463	1,0%	1.956	0,2%
Hessen	51.499	1,5%	11.444	0,3%	41.380	1,2%	12.613	0,4%
Meckl.-V.	32.944	3,3%	1.259	0,1%	34.747	3,5%	8.190	0,8%
Nieders.	62.313	1,3%	6.536	0,1%	59.744	1,3%	12.905	0,3%
Nordrh.-W.	97.166	0,9%	3.686	0,0%	80.512	0,8%	25.883	0,2%
Rheinld.-Pf.	36.481	1,5%	5.469	0,2%	31.012	1,3%	10.321	0,4%
Saarland	10.920	1,7%	6.967	1,1%	11.459	1,8%	4.449	0,7%
Sachsen	131.718	5,0%	26.658	1,0%	126.701	4,8%	36.814	1,4%
Sachsen-A.	40.324	2,8%	5.992	0,4%	36.970	2,5%	14.296	1,0%
Schlesw.-H.	17.497	1,0%	2.057	0,1%	17.061	1,0%	4.701	0,3%
Thüringen	57.464	4,0%	2.539	0,2%	52.988	3,7%	13.572	0,9%

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Aufmerksamkeit erregte der plötzliche Tod der NPD-Spitzenkandidatin im Wahlkreis 160 (Dresden I), der zur NPD übergetretenen ehemaligen REP-Landesvorsitzenden Kerstin Lorenz. Die Wahl musste in diesem Wahlkreis auf den 2. Oktober 2005 verschoben werden. Mit dem von der NPD nach-nominierten Direktkandidaten Franz Schönhuber, dem ehemaligen REP-Bundvorsitzenden, konnte die Partei ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2002 von 0,8 auf 2,6 Prozent steigern. Das Erststimmenergebnis Schönhubers (2,4 Prozent) dürfte von vielen Anhängern als Enttäuschung empfunden worden sein.

Auch wenn auf diese Weise Grenzen der Mobilisierungsfähigkeit sichtbar wurden, bleibt doch das Faktum bestehen, dass die NPD vor allem in den östlichen Ländern seit einigen Jahren deutlich wachsende Stimmenanteile

verbuchen und auf regionaler Ebene spektakuläre Wahlerfolge erzielen konnte. Wie später zu zeigen sein wird (siehe Abschnitt III), handelt es sich nicht um eine „weiche“ national-populistische Partei von der Art der REP, des französischen FN oder des belgischen VB, sondern um eine „harte“ rechtsextremistische Organisation, die eine symbiotische Beziehung zu militanten Subkulturen unterhält und eine nahe Geistesverwandtschaft zum historischen Nationalsozialismus aufweist. Das regionale Reüssieren einer „harten“ rechtsextremistischen Partei mit kaum verhohlener Systemfeindschaft stellt nicht nur im westeuropäischen Rahmen einen in hohem Maße erklärungsbedürftigen Ausnahmefall dar.

- 1/ Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. – 4. Aufl. – Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1996. – S. 60-137.
- 2/ Siehe auch zum Folgenden: Backes, Uwe: *Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland*. In: *Totalitarismus und Demokratie 4* (2007), S. 17-43.
- 3/ Vgl. nur Backes, Uwe / Moreau, Patrick: *Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen*. – 2. Auflage. – München: Akad. Verl., 1994. – S. 77-103.
- 4/ *Mit dem Anteil der noch schwachen NPD. Die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchener „National-Zeitung“-Verlegers Gerhard Frey trat nicht an*.
- 5/ Vgl. vor allem Holtmann, Everhard: *Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts*. – Opladen: Leske+Budrich, 2002.
- 6/ Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra / Ohse, Karl-Georg: *Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern*. In: *Deutschland Archiv 39* (2006), S. 968-973. Jesse, Eckhard: *Wahlen 2006*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 19* (2007) (im Erscheinen).
- 7/ Vgl. *Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.): Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin*. – Berlin 2006. – S. 12-14.

3. ERFOLG BEGÜNSTIGENDE FAKTOREN

3.1 POLITISCHE, SOZIALE, ÖKONOMISCHE, KULTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

Angesichts der Ost-West-Differenz liegt die Annahme nahe, die Folgeprobleme der Transformation seien eine wesentliche Ursache für die erhöhten Mobilisierungschancen einer harten rechtsextremistischen Partei. Eine Anzahl von Indikatoren deutet in der Tat darauf hin, dass die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen im östlichen Deutschland vergleichsweise günstig sind.

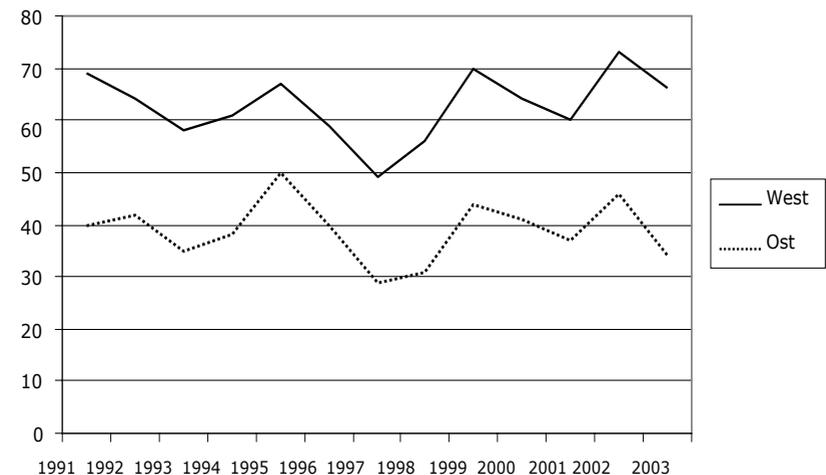
So ist der Anteil derer, die die Demokratie für die beste Staatsform halten, im östlichen Deutschland geringer als im westlichen. Zwar ist Demokratiezufriedenheit im östlichen wie im westlichen Deutschland erheblichen konjunkturellen Schwankungen unterworfen – je nach der Wahrnehmung der politischen, sozialen und ökonomischen Situation. Jedoch bewegen sich diese Schwankungen im Westen auf einem deutlich höheren Zufriedenheitsniveau.

Tab. 5: Beurteilung der Demokratie als Staatsform, 2000 (in Prozent)

	West	Ost
„Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.“	80	49
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	9	27
„Die Demokratie ist die beste Staatsform.“	92	78
„Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.“	3	8

Quelle: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. – 2., aktualisierte Auflage – Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2006. – S. 649.

Abb. 2: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im östlichen und westlichen Deutschland, 1991-2003 (in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 1991-2003; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. – 2., aktualisierte Auflage. – Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2006. – S. 649.

Man mag einwenden, Demokratiezufriedenheit sei kein zuverlässiger Indikator für Demokratieloyalität. Höhere oder niedrigere Demokratiezufriedenheit kann beispielsweise von unterschiedlichen objektiven Leistungen (oder Fehlleistungen) des politischen Systems oder von divergierenden

Erwartungsniveaus abhängen. Wichtiger für die Frage der Demokratie-konsolidierung ist die Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit von den ökonomischen Erwartungen der Bürger. Die größere Output-Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit ist im östlichen Deutschland u.a. auf ein höheres Maß an Etatismus zurückzuführen, d.h. die Bürger sehen den Staat stärker in der Verantwortung für ökonomische Prosperität als im Westen. Diese Haltung geht einher mit einer positiveren Bewertung des Sozialismus. Der Feststellung, „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“, stimmten im Jahr 2000 im Westen 51 Prozent der Befragten, im Osten 76 Prozent der Befragten zu.¹

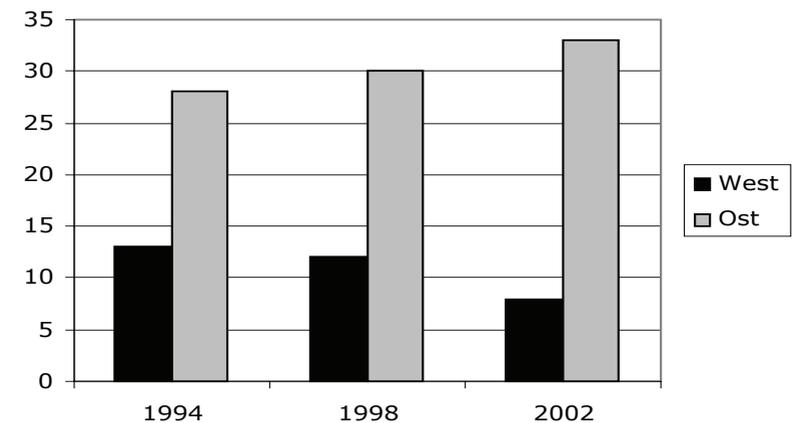
Gewiss lässt sich aus dieser Antwort keine generelle Demokratieverneinung ablesen, wohl aber eine Erklärung für die stärkere Output-Abhängigkeit der Demokratiezufriedenheit. Diese geht im östlichen Deutschland zudem mit einem höheren Maß an Demokratieverneinung einher als im westlichen. Wie internationale Vergleichsstudien zeigen, ist dieser Unterschied signifikant. So ergab die Auswertung eines Dreiwellen-Panels mit Befragungen in den Jahren 1994, 1998 und 2002, dass der gemessene Anteil der (in der Studie so genannten) „Nichtdemokraten“ an der Bevölkerung im östlichen Deutschland wesentlich höher lag als im westlichen. Noch dazu ging deren Anteil im Untersuchungszeitraum im Westen zurück, während er im Osten anstieg.

Eine Untersuchung von Kerstin Völkl unterscheidet vier Kategorien, nach denen Befragte in Bezug auf ihre Haltung zur Demokratie klassifiziert werden: Zufriedene Demokraten, kritische Demokraten, opportunistische Demokraten und Nichtdemokraten.

Als „Nichtdemokraten“ firmierten in der Studie jene Befragten, die „demokratische Ordnungsvorstellungen“ ablehnten oder „ambivalent“ beurteilten. Auch waren sie „mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie unzufrieden oder bewerteten sie weder positiv noch negativ“.² Es handelte sich mithin um eine relativ „weiche“ Definition. Legt man strengere Maßstäbe zugrunde, sinkt folglich deren Anteil. Eine engere Definition verwandten etwa Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann in ihrer breit angelegten Untersuchung zur Demokratieunterstützung in Osteuropa. Sie sprechen dann von „autokratischen“ Einstellungen, wenn die Befragten für eine dominierende Rolle des Militärs oder für einen „starken Führer“ („strong leader“) plädieren, der sich nicht um Wahlen oder parlamentarische Beratungen zu scheren brauche. Nach den für die zweite Hälfte der

neunziger Jahre erhobenen Daten unterstützten nur zwei Prozent der Ostdeutschen (und ein Prozent der Westdeutschen) ein autokratisches Regime. Dabei schneidet Deutschland in beiden Landesteilen besser ab als andere Demokratien des Westens wie etwa die USA (fünf Prozent der Bevölkerung plädierten im Schnitt für ein autokratisches Regime). Im internationalen Vergleich waren die ostdeutschen Werte mit Blick auf die Demokratie als Ideal, die Demokratie als real existierendes System (in Deutschland), die Ablehnung der Gewalt als Mittel der Politik und die Wertschätzung rechtsstaatlicher Verfahren wenig besorgniserregend. Noch günstiger fiel das Bild im Vergleich mit ost- und ostmitteleuropäischen Staaten aus.

Abb. 3: Bevölkerungsanteil von Befragten, die der Demokratie ablehnend gegenüberstehen, im östlichen und westlichen Deutschland, 1994-2002 (in Prozent)



Quelle: Trafo-Querschnitt-Datensatz; Völkl, Kerstin: Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 249-284, hier S. 263.

Diesen Befund bestätigt auch der „Demokratiewiderstandsindex“, den Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel auf der Grundlage von *New Democracies Barometer*-Daten entwickelt haben. So war das gemessene Demokratiewiderstandspotential in den östlichen deutschen Ländern zwar deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, Großbritannien und den USA, fiel aber zugleich erheblich niedriger aus als in Polen, der

Slowakei, Litauen, Ungarn – oder gar Russland, das am Ende der Skala rangierte.³

Tab. 6: Demokratiewiderstandsindex

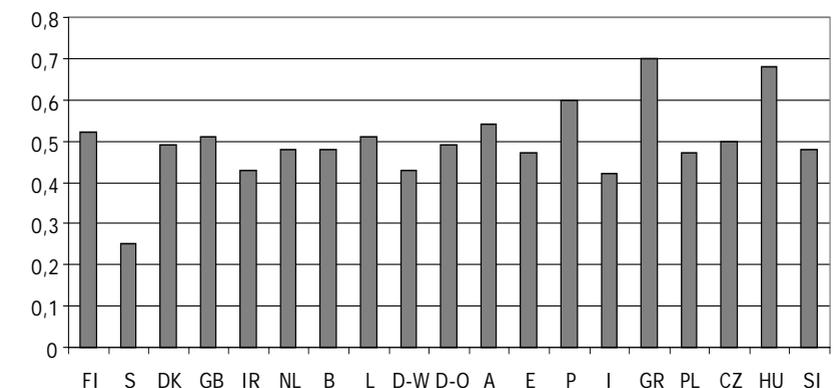
	Austausch der Demokratie	Prinzipien der Demokratie	Reaktivität des Staates	eigene Rolle in der Politik	Staat beeinflusst Wirtschaft	Aggregierter Index
USA	0.19	0.98	0.64	0.06	0.85	0.641
Großbritannien	0.84	1.23	0.30	0.69	1.48	0.763
Westdeutschland	0.06	0.91	0.62	0.78	1.23	0.721
Ostdeutschland	0.20	0.83	1.03	1.12	2.59	1.144
Tschechien	0.52	1.18	0.84	0.82	2.20	1.114
Polen	0.28	1.61	0.79	1.22	2.68	1.316
Slowakei	0.36	0.97	0.87	1.08	2.87	1.231
Ungarn	0.90	1.45	1.10	1.30	2.42	1.436
Bulgarien	0.64	1.22	0.26	0.73	2.82	1.145
Litauen	0.49	1.88	0.96	0.94	2.37	1.329
Russland	1.32	1.45	1.50	1.10	3.16	1.705

Quelle: Jacobs, Jörg Müller, Olaf / Pickel, Gert: *Persistence of the Democracies in Central and Eastern Europe. Consolidation, Stability, and People's Power of Resisting*. In: Pollack, Detlef / Jacobs, Jörg / Müller, Olaf / Pickel, Gert (Hrsg.): *Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in New Democracies*. – Aldershot: Ashgate, 2003. – S. 91-114, hier 103-105. Datengrundlage: *International Social Survey Program 1996*; n>850; Index-Werte: 0-0.9 „keinerlei Widerstand“, 1-1.9 „gemäßiger Widerstand“, 2-2.9 „starker Widerstand“, 3-3.9 „extrem starker Widerstand“, 4.0 „auf Sand gebaut“.

Wenn diese internationalen Vergleichsdaten es auch geraten erscheinen lassen, die Unterschiede zwischen westlichem und östlichem Deutschland nicht überzubetonen, bleibt doch der Befund einer schwächeren Bindung bzw. einer größeren Skepsis der ostdeutschen Bevölkerung an Werte und Verfahrensregeln des demokratischen Verfassungsstaates bestehen. Die Rahmenbedingungen für die Entfaltung extremistischer Strömungen unterschiedlicher Provenienz sind daher im östlichen Deutschland günstiger als im westlichen.

Ein weiterer Indikator ergänzt diesen Befund um einen für die rechte Variante des politischen Extremismus bedeutsamen Tatbestand. Der von den niederländischen Sozialwissenschaftlern Marcel Coenders, Marcel Lubbers und Peer Scheepers auf der Grundlage von Umfragedaten des *European Social Survey* erstellte Immigrationswiderstandsindex zeigt das Ausmaß der Ablehnung gegenüber Immigranten in den EU-Mitgliedsstaaten an. Zunächst ist festzustellen, dass es keine klare Differenz zwischen alten und neuen EU-Staaten gibt. So liegen mit Griechenland und Ungarn jeweils ein altes und ein neues Mitgliedsland an der Spitze der Staaten mit hohen Widerstandswerten.

Abb. 4: Widerstand gegenüber Immigranten in EU-Mitgliedstaaten, 2002/2003



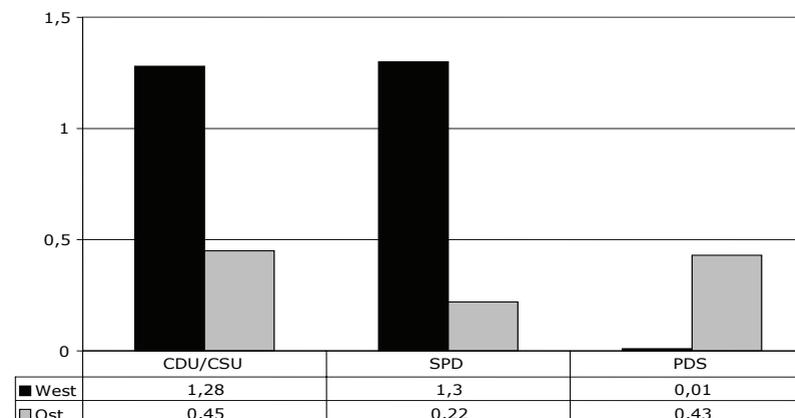
Quelle: Coenders, Marcel / Lubbers, Marce / Scheepers, Peer: *Majorities' attitudes towards minorities in Western and Eastern European Societies. Results from the European Social Survey 2002-2003. Report 4 for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*. – University of Nijmegen, 2005. – S. 3. Datenbasis: *European Social Survey, 2002/03*. Von links nach rechts: Finnland, Schweden, Dänemark, Großbritannien, Irland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Deutschland-West, Deutschland-Ost, Österreich, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien.

Polen bleibt deutlich unter dem Mittelwert 0,5. Ältere EU-Länder wie Großbritannien, Österreich und Portugal erreichen überdurchschnittliche Werte. Der Befund für Deutschland erscheint auf den ersten Blick vergleichsweise günstig: Beide Landesteile liegen unter dem EU-Mittelwert. Allerdings ist der Widerstandswert im östlichen Deutschland höher als im westlichen. Zudem erscheint das Ergebnis für das östliche Deutschland

weit weniger schmeichelhaft, berücksichtigt man die vergleichsweise niedrige Immigrantenquote. So lag der Ausländer-Anteil an der Wohnbevölkerung Anfang 2004 in Gesamtdeutschland bei 8,9 Prozent, in Sachsen aber lediglich bei 2,8 Prozent.⁴ Einer der Gründe für die ausgeprägten Abwehrhaltungen dürfte darin bestehen, dass sich in der DDR keine Kultur des Umgangs mit Immigranten entwickeln konnte. Die Gesellschaft des westlichen Deutschland benötigte dafür unter Pluralitätsbedingungen viele Jahrzehnte und durchlief schwierige Lernprozesse, die keineswegs als abgeschlossen gelten können.

Die systematische Zerstörung der Bürgerkultur unter zwei aufeinander folgenden Diktaturen wirkt im östlichen Deutschland noch nach, auch wenn sich Pluralismus und Zivilgesellschaft rasch revitalisieren konnten. Die soziale Verankerung der NPD in einigen Regionen des Ostens legt Defizite offen. So wird den Initiativen der Partei (etwa bei der Ansprache Jugendlicher) vielerorts zu wenig entgegengesetzt. Die Schwäche der zivilen Gesellschaft findet ihren Ausdruck in der geringen Rekrutierungsfähigkeit der Parteien. Zwar ist der Anteil der Bevölkerung, der als Parteimitglied bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, im östlichen wie im westlichen Deutschland seit Jahren rückläufig, bewegt sich aber auf unterschiedlichem Niveau. Was die CDU/CSU angeht, lag der Anteil der Parteimitglieder an der eintrittsberechtigten Bevölkerung (Personen über 16 Jahre) im Westen 2003 knapp dreimal so hoch wie im Osten. Bei der SPD war der Anteil im Westen sogar sechsmal so hoch. Dagegen wies die PDS/Linkspartei trotz starken Mitgliederrückgangs und chronischer Überalterung im Osten immer noch eine mehr als vierzigmal höhere Rekrutierungsfähigkeit auf als im Westen (siehe Abb. 5).

Abb. 5: Rekrutierungsfähigkeit der Parteien, 2003 (Deutschland Ost/West ohne Berlin)



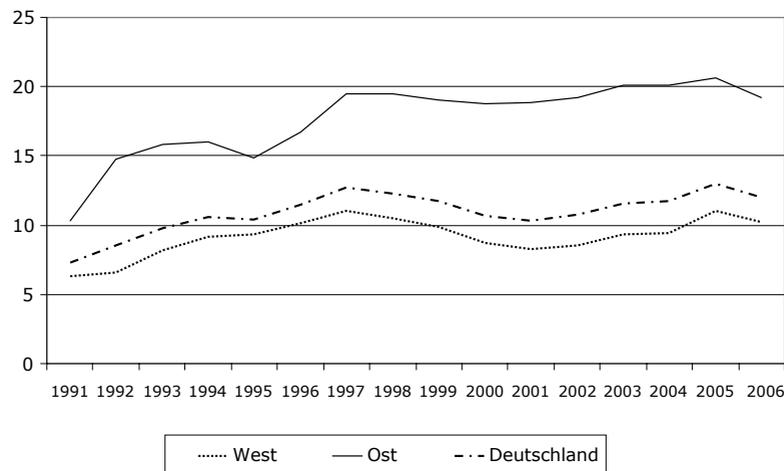
Quelle: Eigene Berechnung nach: Oskar Niedermayer: *Partei Mitgliedschaften im Jahre 2004*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), S. 382-389.

Die noch immer vergleichsweise hohe Rekrutierungsfähigkeit der PDS erklärt u.a., warum die NPD um deren Milieu in der Vergangenheit intensiv geworben hat. Während die PDS jedoch an der Überalterung ihrer Mitgliederbasis litt und bei den jungen Wählern Akzeptanzprobleme hatte,⁵ bot die NPD auf der Mitglieder- wie auf der Wählerebene ein vergleichsweise junges Bild. So ergab eine Analyse der NPD-Mitglieder, die im Jahr 2004 bei Wahlen kandidierten (15 Prozent der Mitglieder), das überaus geringe Durchschnittsalter von 39,5 Jahren. Die stärkste Altersgruppe stellten die 26-35jährigen (36,1 Prozent).⁶ Auf der Wählerebene war die Situation ähnlich. So erreichte die NPD bei der Bundestagswahl 2005 in der Gruppe der 18-25jährigen jeweils ihren höchsten Zweitstimmenanteil: 2,9 Prozent im Wahlgebiet West, 7,3 Prozent im Wahlgebiet Ost. Bei den männlichen Wählern dieser Altersgruppe lagen die Ergebnisse noch höher: 4,0 Prozent im Westen, 9,5 Prozent im Osten.⁷ Mit wachsendem Alter sank der Anteil der NPD-Wähler an der jeweiligen Vergleichsgruppe.

Zu den größten Sorgen der – jüngeren wie der älteren – Bürger, vor allem der östlichen Länder, zählte die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, verbunden mit dem Eindruck, die „politische Klasse“ sei nicht in der Lage, bei ihrer Bekämpfung wesentliche Fortschritte zu erzielen. Zu diesem Stimmungsbild trug der erneute Anstieg der Arbeitslosigkeit in den

Jahren 2002 bis 2005 nach zeitweiligem leichten Rückgang in den Jahren 1998 bis 2001 bei. (siehe Abb. 6). Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen („Hartz IV“) lösten vor allem im östlichen Deutschland eine Protestwelle aus.

Abb. 6: Arbeitslosenquoten Ost/West, 1991-2006



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen. Die Zahlen für die Jahre 2005 und 2006 sind mit denen der Vorjahre wegen des Eingangs der Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik nur bedingt vergleichbar.

Offenbar profitierte die NPD von der Proteststimmung. Die Anstrengungen der NPD brachten bei der Bundestagswahl 2005 zwar keinen Durchbruch, waren aber keineswegs erfolglos. Die Vermutung, die NPD habe bei den Arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit Gefährdeten überproportionale Stimmengewinne verbucht, wurde schon durch einen Blick auf die Wahlkreise mit den höchsten NPD-Ergebnissen gestützt. So erzielte sie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittliche Ergebnisse fast ausschließlich in Wahlkreisen mit besonders hoher Arbeitslosenquote (siehe Tab. 7).

Tab. 7: NPD-Zweitstimmenanteil und Arbeitslosenquote in sächsischen und mecklenburg-vorpommerschen Wahlkreisen, Bundestagswahl 2005

Wahlkreis	Zweitstimmenanteile für die NPD in %	Arbeitslosenquote Ende 2004
Leipzig II	2,2	19,8
Dresden I	2,6	17,1
Leipzig I	3,0	19,8
Chemnitz	3,2	20,7
Zwickauer Land - Zwickau	3,6	20,6
Dresden II - Meißen I	4,1	17,1
Leipziger Land - Muldentalkreis	4,4	20,4
Vogtland - Plauen	4,6	18,0
Chemnitzer Land - Stollberg	4,7	19,0
Delitzsch - Torgau-Oschatz - Riesa	5,2	20,7
Döbeln - Mittweida - Meißen II	5,8	20,7
Löbau-Zittau - Görlitz - Niesky	6,0	26,2
Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis	6,1	19,8
Annaberg - Aue-Schwarzenberg	6,3	21,1
Bautzen - Weißwasser	6,3	22,8
Kamenz - Hoyerswerda - Großenhain	6,5	26,2
Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis	7,1	15,4
Freistaat Sachsen	4,8	19,7
Rostock	2,0	21,5
Wismar - Nordwestmecklenburg - Parchim	3,1	18,8
Schwerin - Ludwigslust	3,3	16,1
Bad Doberan - Güstrow - Müritz	3,3	23,3
Stralsund - Nordvorpommern - Rügen	3,6	27,5
Greifswald - Demmin - Ostvorpommern	4,5	28,0
Neubrandenburg - Mecklenburg-Strelitz - Uecker-Randow	4,5	27,3
Mecklenburg-Vorpommern	3,5	23,3

Quelle: Amtliche Statistiken.

Bereits für die sächsische Landtagswahl vom September 2004 hatte Tim Spier in einer Aggregatdatenanalyse auf Wahlkreisebene eine deutlich positive Korrelation zwischen einem hohen Anteil arbeitsloser Arbeiter

(nicht: Angestellter) mit überdurchschnittlichen NPD-Wahlergebnissen festgestellt.⁸ Zwar ist der Schluss von der Aggregatdaten- auf die Individualdatenebene nicht zulässig. Doch wurde die von der Aggregatdatenanalyse geleitete Hypothese in den Wahltagsbefragungen von infratest/dimap anlässlich der Bundestagswahl 2005 bestätigt. Demnach wählten sieben Prozent der Arbeitslosen im Osten und vier Prozent im Westen die NPD. Bei den Arbeitern waren es acht (Ost) und drei (West) Prozent (siehe Tab. 8).⁹ Im NPD-Elektorat überrepräsentiert waren darüber hinaus, aufgrund des hohen Anteils der 18-25jährigen, auch die in Ausbildung Befindlichen.

Tab. 8: Wahlverhalten nach Bildung, Tätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession in den Wahlgebieten West (einschließlich Berlin-West) und Ost (einschließlich Berlin-Ost) bei der Bundestagswahl 2005

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		Linke.PDS		NPD	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Endergebnis	35,1	30,4	37,4	25,3	8,8	5,2	10,2	8,0	4,0	25,3	1,1	3,6
Bildung												
hoch	30,0	31,0	34,0	25,0	15,0	9,0	13,0	8,0	5,0	25,0	1,0	1,0
mittel	36,0	29,0	39,0	23,0	8,0	5,0	10,0	9,0	4,0	28,0	1,0	5,0
niedrig	39,0	32,0	39,0	31,0	4,0	2,0	8,0	7,0	6,0	21,0	2,0	5,0
Tätigkeit												
Arbeiter	41,0	26,0	33,0	23,0	5,0	3,0	7,0	8,0	8,0	27,0	3,0	8,0
Angestellte	37,0	33,0	33,0	24,0	12,0	8,0	11,0	9,0	4,0	24,0	1,0	2,0
Beamte	31,0	24,0	39,0	29,0	15,0	9,0	9,0	11,0	5,0	23,0	0,0	3,0
Selbständige	20,0	23,0	42,0	36,0	13,0	6,0	20,0	18,0	4,0	16,0	0,0	1,0
Rentner	36,0	36,0	45,0	30,0	5,0	3,0	9,0	5,0	4,0	23,0	0,0	1,0
in Ausbildung	40,0	40,0	26,0	16,0	14,0	10,0	11,0	8,0	5,0	19,0	2,0	4,0
Arbeitslose	36,0	22,0	26,0	19,0	9,0	4,0	9,0	6,0	13,0	39,0	4,0	7,0
Gewerkschaft												
Mitglieder	50,0	34,0	25,0	18,0	8,0	5,0	5,0	7,0	8,0	32,0	1,0	5,0
nur Arbeiter	55,0	32,0	21,0	17,0	4,0	3,0	4,0	5,0	10,0	31,0	3,0	10,0
Nichtmitglieder	32,0	30,0	40,0	27,0	9,0	5,0	12,0	8,0	4,0	24,0	1,0	3,0
Konfession												
evangelisch	41,0	27,0	32,0	35,0	9,0	6,0	10,0	10,0	4,0	18,0	1,0	3,0
katholisch	28,0	23,0	49,0	52,0	7,0	4,0	10,0	12,0	4,0	7,0	1,0	2,0
keine/andere	38,0	33,0	23,0	18,0	14,0	5,0	11,0	7,0	10,0	31,0	2,0	4,0

Quelle: ARD/Infratest dimap: Wahltagsbefragungen 2005. N=16.187; Zeilenprozente; Bildung hoch = Abitur/Hochschule/Universität, mittel = Mittel-/Realschule, niedrig = kein Abschluss/Volks-/Hauptschule; Daten gewichtet nach dem amtlichen Endergebnis.

Wie die behandelten Indikatoren zeigen, finden sich im östlichen Deutschland vergleichsweise günstige Rahmenbedingungen für systemkritische bis -feindliche Strömungen. Der Vergleich auf europäischer Ebene führt indes auch zu der Einsicht, dass eine Erklärung der NPD-Wahlerfolge mittels makrosoziologischer und -ökonomischer Ansätze auf Grenzen stößt. So weisen die Transformationsprozesse in den ehemals realsozialistischen Staaten manche Parallelen, aber auch gravierende Unterschiede auf. Nicht überall hat der Systemumbruch zu anhaltend hoher Arbeitslosigkeit geführt. So lag die Arbeitslosenquote in Tschechien (7,0 Prozent) und Litauen (6,1 Prozent) im September 2006 erheblich unter dem Durchschnittswert der Eurozone (7,8 Prozent).¹⁰ Und das Resistenzpotential gegenüber Immigration steht offenkundig in keinem Zusammenhang zur Transformation. Die für alle Transformationsstaaten charakteristische erhöhte Diktatorneigung wiederum bildet keine hinreichende Bedingung für den Erfolg von Rechtsaußenparteien. So gehören die Erfolge der tschechischen „Republikaner“ seit längerem der Vergangenheit an,¹¹ obwohl Tschechien im Demokratiewiderstandsindex einen ähnlichen Wert erreicht wie das östliche Deutschland. Und der Einbruch der polnischen LPR bei der Parlamentswahl vom Oktober 2007 (der Stimmenanteil sank gegenüber der letzten Wahl von 8,0 Prozent auf 1,3 Prozent) lässt sich keineswegs mit kurzfristigen Einstellungsveränderungen der Bevölkerung erklären. Was für die Transformation gilt, kann in ähnlicher Weise für andere makrosoziologische oder -ökonomische Ansätze (wie das Modernisierungsverlierer- oder Globalisierungstheorem) gezeigt werden.

Gleiches gilt für politisch-institutionelle Rahmenbedingungen: Ein präsidentieller/semi-präsidentieller Charakter des Regierungssystems oder das Überwiegen konkordanzdemokratischer Elemente *kann, muss* politische Außenseiter jedoch nicht begünstigen.¹² Allerdings scheint dem Wahlsystem in stärkerem Maße Prägekraft innezuwohnen. Pippa Norris hat den seit langem bekannten Zusammenhang zwischen der Sperrwirkung des Wahlrechts in etablierten Parteiensystemen und den Erfolgchancen politischer Außenseiter jüngst bestätigt gefunden – mit der Einschränkung, dass politischer Einflussgewinn nicht am Stimmen-, sondern am Mandatsanteil gemessen werden müsse.¹³ Frankreich liefert ein überzeugendes Beispiel. Mit Ausnahme der Parlamentswahl von 1996, die unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts stattfand, verhinderte das absolute Mehrheitswahlrecht (weitgehend) eine nationale parlamentarische Repräsentanz des FN. Mit ähnlichen Stimmenquoten konnte der

VB in Belgien eine starke Fraktion ins Parlament entsenden und die italienische AN unter Berlusconi sogar eine Regierungsbeteiligung erreichen. In Deutschland hat unter anderem die in ihrer Sperrwirkung weit hinter dem britischen oder französischen Mehrheitswahlsystem zurückbleibende Fünfprozenthürde eine nationale parlamentarische Vertretung regional erfolgreicher Rechtsaußenparteien verhindert.

3.2 POLITISCHE GELEGENHEITSSTRUKTUREN

Neben langfristig wirksamen politischen Rahmenbedingungen werden die Wettbewerbsbedingungen nicht-etablierter Parteien wesentlich von konstellationsabhängigen politischen Gelegenheitsstrukturen geprägt, die oft einem raschen Wandel unterliegen und sich von Wahl zu Wahl verändern können.

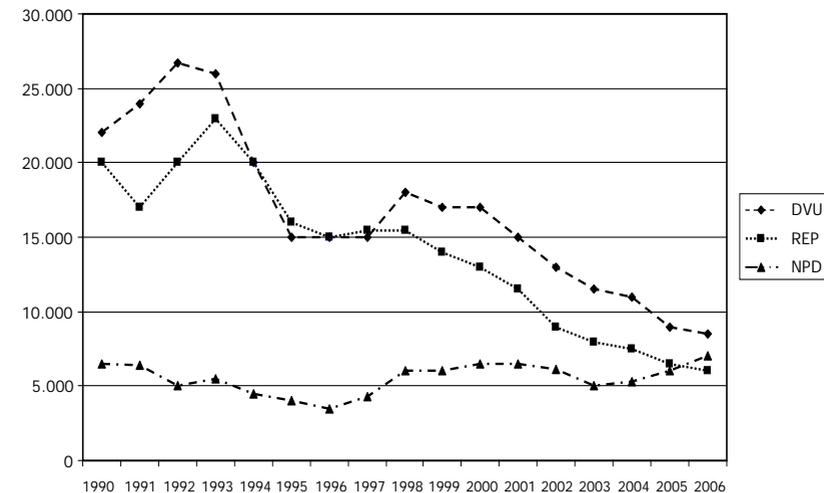
Die Zersplitterung nicht-etablierter Herausforderer im eigenen politischen Segment gilt gemeinhin als gravierender Wettbewerbsnachteil. Die über lange Jahre relativ stabilen Wahlergebnisse des FN in Frankreich basierten nicht zuletzt auf der Integrationsleistung des bretonischen „Volkstribunen“ Jean-Marie Le Pen, dem es in den achtziger Jahren gelungen war, die untereinander oft nur schwer kompatiblen Strömungen einer antiliberalen und nicht-gaullistischen Rechten unter ein gemeinsames politisches Dach zu führen.¹⁴ Davon ist die NPD bis heute weit entfernt, auch wenn sie sich mit der DVU auf wechselseitige Unterstützung und die Vermeidung direkter Wahlkonkurrenz verständigen konnte. Sie profitiert aber von der Schwäche ihrer Konkurrenten rechtsaußen – der absprachewilligen DVU wie der auf Abgrenzung setzenden REP.

Die DVU ist zwar noch immer die mitgliederstärkste Partei rechtsaußen, verbuchte aber seit Beginn der neunziger Jahre nahezu kontinuierlich sinkende Mitgliederzahlen (siehe Abb. 7). Sie verdankt ihre Existenz im Wesentlichen dem Ehrgeiz und Millionenvermögen des Parteivorsitzenden Frey, der die Parteistrukturen zur Verbreitung nationalistischer Druckzeugnisse und Devotionalien nutzt. Die „Phantompartei“ wird autoritär aus München geführt, entwickelt wenig Eigenleben und verfügt über keinerlei soziale Verankerung. Sie dürfte die einzige Partei sein, die bei Wahlen gelegentlich per Annonce nach Kandidaten suchen musste und der es dennoch aufgrund eines massiven Materialeinsatzes (Massenpostwurfsendungen und üppige Plakatierung) gelang, auf regionaler Ebene überraschende Wahlerfolge zu erzielen. Aber selbst in Branden-

burg, wo die Partei in der zweiten Legislaturperiode eine Landtagsfraktion stellt, konnte sie nirgends Wurzeln schlagen. Ihre kommunalpolitischen Vertreter entwickelten kaum Aktivitäten und die parteitypischen „Stammische“ nur wenig Anziehungskraft.¹⁵

Im Unterschied zur DVU war es den REP in ihrer Erfolgsphase unter Franz Schönhuber gelungen, in einigen Ländern funktionsfähige Parteistrukturen aufzubauen. Mit ihrem süddeutschen Timbre konnte die Partei in den Ländern nördlich des Mains jedoch nur schwer Fuß fassen. Schönhubers uncharismatischer Nachfolger Rolf Schlierer vermochte trotz ostentativer Betonung der Verfassungstreue und eines gegen innerparteilichen Widerstand durchgehaltenen Abgrenzungskurses zu offen-rechtsextremen Formationen nicht an die Erfolge seines Vorgängers anzuknüpfen. Das östliche Deutschland blieb eine REP-Diaspora. Von der Auflösung der ohnehin schwachen Landesverbände profitierte – wie in Sachsen – zum Teil die NPD, deren Mitgliederzahl die der REP im Jahr 2006 erstmals überrundete.

Abb. 7: Mitgliederentwicklung der Rechtsaußenparteien, 1990-2006



Quelle: Verfassungsschutzbehörden; Parteiangaben.

Mehr noch als von der unmittelbaren Konkurrenz am rechten Rand werden die Gelegenheitsstrukturen der Rechtsaußenparteien vom Verhalten der großen demokratischen Kräfte, allen voran der gemäßigten/liberalen Rechten bestimmt. Ein machiavellistisches Spiel, das den demokratischen Grundkonsens verletzt, schwächt die Mehrheitskultur und stärkt ihre Herausforderer. Das französische Beispiel zeigt dies deutlich. So erhielt der FN in den achtziger Jahren Starthilfe der „Etablierten“: Die gemäßigten Rechtsparteien ließen sich auf vielfältige lokale wie regionale Absprachen und Allianzen mit der Bewegung Le Pens ein, und die Sozialisten instrumentalisierten sie zur Spaltung der Rechten. Präsident Mitterrand persönlich sorgte dafür, dass Le Pen 1982 einen Fernsehauftritt in einer populären Nachrichtensendung des Kanals TF1 erhielt.¹⁶ Auch die Änderung des Wahlrechts vor den Parlamentswahlen von 1996 entsprach diesem Kalkül. Das Regierungsbündnis der Sozialisten mit den Kommunisten, die noch in den achtziger Jahren finanzielle Mittelzuweisungen aus Moskau in Empfang genommen hatten, lieferte dem FN eine willkommene Gelegenheit, um das Pharisäertum der Musterdemokraten anzuprangern.

Das bündnispolitische Gebaren der deutschen Volksparteien unterschied sich davon beträchtlich: Die Union folgte der Devise, rechts von sich keine demokratisch legitimierte Kraft zuzulassen. Bündnisse mit Rechtsaußenparteien, die zu deren Salonfähigkeit hätten führen können, wurden auf Bundes- und Länderebene strikt vermieden. Die Sozialdemokratie widerstand der Versuchung, den rechten Rand gegen die Union auszuspielen, schon deshalb, weil eine aufgrund der Last der Vergangenheit hochgradig sensibilisierte Öffentlichkeit ein solches Verhalten als politischen Zynismus abgestraft hätte. Im Verhältnis zur NPD stand die Frage der Abgrenzung erst recht nie zur Diskussion.

Jedoch hat die langjährige Politikblockade – Folge institutioneller Faktorsystems¹⁷ – die Chancen politischer Außenseiter verbessert. So konnte die NPD vor allem im östlichen Deutschland mit sozialen Protestthemen punkten. Die unter den Regierungen Schröder und Merkel spät eingeleiteten Reformen (Föderalismus, Arbeitsmarkt, Renten) trugen in den Jahren 2006 und 2007 erste Früchte (insbesondere Rückgang der Arbeitslosigkeit) und dürften die Mobilisierungsfähigkeit der NPD schwächen. Von der Großen Koalition, einer für systemkritische bis systemfeindliche Tendenzen grundsätzlich günstigen Konstellation, hat die NPD bislang

kaum profitiert, zumal sie sich den Sozialprotest mit einer stärker gewordenen Linken/PDS teilen muss. Zudem ist keineswegs sicher, dass der von professionellen Beobachtern ausgemachte neue „masterframe“: die Kombination von Nationalismus/Ethnozentrismus und „sozialer Frage“, auf Dauer im Mittelpunkt rechtsextremer Propaganda stehen wird.¹⁸ Die klassischen Streitthemen der Rechtsaußenparteien (Immigration und innere Sicherheit) könnten rasch wieder ins Zentrum der Agenda rücken – etwa wenn in Integrationsbrennpunkten Konflikte aufbrechen oder der politische Terrorismus, insbesondere islamistischer Prägung, alle anderen Streitthemen verdrängt.

3.3 STÄRKEN DER NPD

Wer erklären will, warum die älteste der aktiven Rechtsaußenparteien, die nach ihrer Wahlerfolgsserie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre lange Zeit in völliger politischer Bedeutungslosigkeit versunken war, im neuen Millennium unverhofft wahlpolitische Mobilisationskraft zurückgewinnen konnte, kommt nicht umhin, einen Blick auf die spezifischen Stärken der NPD zu werfen.¹⁹ Die Partei hatte, gestützt auf einen Kern überzeugungstreuer Aktivisten, trotz ihres politischen Schattendaseins über die Jahrzehnte einen Parteiapparat aufrechterhalten, der extreme finanzielle Dürreperioden überstand und in vielen Bundesländern einigermaßen funktionierte. Unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (geboren 1952, Bundesvorsitzender seit 1996), einem ehemaligen Berufssoldaten, der nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr in München ein Diplom in Politikwissenschaft erwarb, öffnete sie sich gegenüber militanten Szenen. Zwar hielt sie an ihrem legalistischen Kurs fest, setzte aber verstärkt auf provokative öffentliche Auftritte und propagierte eine Mischung aus Ethnonationalismus und Antikapitalismus. Die Akzentuierung der „Straßenpolitik“, das Bemühen um die Integration jugendlicher Subkulturen zeitigten vor allem in den östlichen Ländern Erfolge. Hier stellte sie soziale Themen in den Vordergrund, gebärdete sich aggressiv-antikapitalistisch, warb um „ehemalige Hoheitsträger und Führungskräfte der DDR“. Auf einer Wahlkampfreise beteuerte der NPD-Vorsitzende Voigt, seine Partei habe „mehr mit der PDS zu tun als mit rechten Parteien“.²⁰ Die Mobilisierungsbemühungen im Osten blieben nicht erfolglos. Die NPD wies bald einen höheren Anteil östlicher Mitglieder auf als alle in den Parlamenten vertretenen Parteien, die PDS ausgenommen (Mai 2006: CDU/CSU: 8,56 Prozent; SPD: 6,89 Prozent; FDP: 19,59 Prozent; Grüne: 14,46 Prozent; Die Linke/PDS: 89,88 Prozent; NPD: 37,46 Pro-

zent).²¹ In Sachsen hatte die NPD bald ihren stärksten Landesverband (1998 bereits 1.400 Mitglieder). Bei der Landtagswahl 1999 erreichte sie hier mit 1,4 Prozent ihr seit langer Zeit bestes Ergebnis. Auf der Wahlliste hatte ein ehemaliger Professor für „dialektischen und historischen Materialismus“ kandidiert, der gegenüber Journalisten bekundete, nur zwei Parteien könnten in Deutschland die Katastrophe abwenden: „die PDS in Teilen und gänzlich die NPD“.²²

Besonders die Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) bemühte sich um die Anhänger neonationalsozialistischer „Kameradschaften“, die sich infolge der zahlreichen Vereinigungsverbote der neunziger Jahre lose gruppierten und nach organisatorischem Rückhalt suchten. Auch Teile der militanten „Skinhead“-Szene galten als potentielles Rekrutierungsreservoir. Der Erfolg dieser Integrationsbemühungen zeigte sich u.a. in einer steigenden Frequenz und Teilnehmerzahl der von der NPD organisierten Aufmärsche und Demonstrationen.²³ Diese Bemühungen wurden zwar durch das 2001 eingeleitete NPD-Verbotsverfahren zeitweilig unterbrochen; für Irritationen sorgten das taktische Lavieren der NPD-Führung zwischen heuchlerischer Verfassungstreue und ostentativer Verfassungsfeindschaft ebenso wie die Enthüllungen zur massiven Präsenz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in hohen Parteirängen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht aber im März 2003 „in Folge mangelnder Staatsfreiheit der Antragsgegnerin auf der Führungsebene sowie mangelnder Staatsfreiheit des zur Antragsbegründung ausgebreiteten Bildes der Partei“²⁴ die Einstellung des Verfahrens verkündet hatte, fand die nun im Rampenlicht der Medienöffentlichkeit stehende NPD bald den Weg aus der Krise.

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl vom September 2004 konzentrierte die Partei ihre Kräfte auf den stärksten Landesverband. Erfahrenes Personal wurde nach Dresden entsandt. Schon zuvor hatte man die Zentren des Theorieorgans *Deutsche Stimme* und der JN nach Sachsen verlegt. Um Konkurrenz bei Wahlen zu verhindern, bemühte man sich um Einvernehmen mit den REP, deren sächsischer Landesverband sich teilweise auflöste, nachdem die Führung auf Konfrontation mit dem Bundesvorstand gegangen und die Landtagswahl-Kandidatur hintertrieben hatte.²⁵ Ein ähnlicher Konflikt zwischen Landes- und Bundesführung wurde zwei Jahre später in Sachsen-Anhalt ausgetragen.²⁶ Das Festhalten des Bundesvorsitzenden Schlierer am Abgrenzungskurs gegenüber „der NPD und Neonazis“²⁷ wirkte sich in den östlichen Ländern ohnehin weni-

ger nachteilig aus als im Westen. Wichtiger war das Einvernehmen mit der hier erfolgreicher DVU. Bereits 2004 hatte sich die NPD mit der Münchener Zentrale auf ein koordiniertes Vorgehen bei Wahlen verständigt. Angesichts der „zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen“ wurde der Beschluss gefasst, „sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern“.²⁸ Das erfolgreiche Abschneiden in beiden Ländern ermutigte zur Fortsetzung. Im Januar 2005 unterzeichneten die Parteivorsitzenden Voigt und Frey auf dem DVU-Bundesparteitag in München den „Deutschland-Pakt“, der die Zusammenarbeit bis ins Jahr 2009 regelte. Bei der Bundestagswahl kandidierte die NPD, nahm aber DVU-Kandidaten in ihre Landeslisten auf.²⁹

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl ließen sichzenebekannte „Freie Nationalisten“ zu einer Mitgliedschaft bewegen. In einer „Erklärung zum Eintritt in die NPD“ riefen Thomas Wulff, der frühere Gründer der Hamburger *Nationalen Liste* (NL), Thorsten Heise und Ralph Tegethoff, beide ehemals führende Aktivisten der neonationalsozialistischen, 1995 verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), zur Bildung einer „Volksfront von Rechts“³⁰ auf. Heise wurde wenig später in den NPD-Bundesvorstand (2004) gewählt. Er und seine beiden Mitunterzeichner kandidierten bei der Bundestagswahl 2005 auf Landeslistenplätzen. Damit wurde die Kooperation der NPD mit der „Kameradschaftsszene“ gleichsam institutionalisiert. Dies stärkte die Kampagnefähigkeit der Partei, die in ihren Wahlkämpfen „massiv von Neonazis unterstützt“³¹ wurde. Auch so erklärt sich das vergleichsweise geringe Durchschnittsalter der NPD-Wahlbewerber. Bei der Bundestagswahl 2005 lag es mit 44 Jahren deutlich unter dem der REP, der Linkspartei und der beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU.³² Auch wenn viele der meist jugendlichen Anhänger militant-rechtsextremer „Szenen“ parteipolitisches Engagement scheuten, fungierten diese doch in zunehmendem Maße als Rekrutierungsreservoir der NPD.

Dieses Reservoir war im Jahr 2006 pro Kopf der Bevölkerung im östlichen Deutschland mehr als dreimal so groß wie im westlichen. Den Spitzenwert erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 50 Aktiven pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Sachsen (48), Sachsen-Anhalt (43) Berlin (37), Brandenburg (32), und Thüringen (31). Den höchsten Anteil im westlichen Deutschland wies – mit einigem Abstand – Schleswig-Holstein (26) auf (siehe Tab. 9).

Tab. 9: Anhänger militant-rechtsextremer „Szenen“ im westlichen und östlichen Deutschland, 2006

Westliches Deutschland				Östliches Deutschland			
	„Neo-nazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil		„Neo-nazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil
S-H	90	660	26	M-V	250	600	50
Nieders	350	925	16	Ber	750	500	37
Bre	15	35	8	Bran	270	550	32
Ham	85	150	13	Sachsen-Anh	250	800	43
NRW	460	1.300	10	Sachs	550	1.500	48
Hess	250	750	16	Thü	200	530	31
Rh-Pf	75	100	4				
Saar	30	170	19				
Ba-Wü	320	900	11				
Bay	190	750	8				
Summe	1.860	5.740	12	Summe	1.910	4.480	38

Quelle: Verfassungsschutzbehörden der Länder; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bevölkerungsanteil pro 100 000 Einwohner (gerundet). Die Kategorien „Neonazis“ und „Gewaltbereite“ werden in den Ländern nicht einheitlich definiert. Bei den „Gewaltbereiten“ handelt es sich überwiegend um „Skinheads“.

Das mehrfache Überschreiten der für die Mittelüberweisung im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung geltenden 0,5-Prozent- (Bund) bzw. 1,0-Prozent-Marke (Land) verschaffte der Partei seit dem Jahr 2004 öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe (siehe Tab. 10). Anders als etwa die REP konnte die NPD einen wachsenden Anteil ihres Etats aus öffentlichen Mitteln bestreiten.

Tab. 10: Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung zugunsten der NPD für die Jahre 2002-2006 gemäß §§ 18 ff. PartG

Jahr	Stimmenkonto	Zuwendungen	Wähleranteil	Zuwendungsanteil	Summe
2002	44.714	967.972,77	38.006,90	367.829,65	405.836,55
2003	44.714	1.004.454,24	38.006,90	381.692,61	419.699,51
2004	481.058	1.024.870,66	408.899,30	389.450,85	798.350,15
2005	1.242.181	1.180.490,23	1.055.853,85	448.586,29	1.504.440,14
2006	1.358.311	1.349.643,23	1.154.564,35	512.864,43	1.667.428,78

Jahr	Endbetrag	Länderanteil	Bundesanteil
2002	329.115,26	22.357,00	306.758,26
2003	334.291,43	22.357,00	311.934,43
2004	666.040,42	119.657,50	546.382,92
2005	1.233.779,59	125.935,00	1.107.844,59
2006	1.376.678,45	184.000,00	1.192.678,48

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM3; Stand jeweils Februar des nachfolgenden Jahres; Stimmenkonto: Summe der berücksichtigungsfähigen gültigen Listenstimmen der letzten Bundestags- und Europawahl und der jeweils letzten Landtagswahlen; Zuwendungen: Summe der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Spenden natürlicher Personen bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 3.300 Euro je Person und Jahr; Wähleranteil: aus dem Stimmenkonto errechnete Beiträge (0,85 Euro je Stimme für die ersten vier Millionen Stimmen, darüber hinaus 0,70 Euro je Stimme); Zuwendungsanteil: aus den Zuwendungen errechnete Beiträge (jeweils 0,38 Euro); Summe: Wähleranteil plus Zuwendungsanteil; Endbetrag: nach Abgleich mit der „relativen Obergrenze“ errechneter Gesamtbetrag der staatlichen Finanzierung; Länderanteil: an die Landesverbände auszahlender Betrag; Bundesanteil: an den Bundesverband auszahlender Betrag.

Schon vor der Wahl in Sachsen 2004 hatte sie am Rande der von linken Gruppierungen dominierten, mit dem provokativen Titel „Montagsdemonstrationen“ versehenen Protestveranstaltungen in mehreren Städten des östlichen Deutschland agitiert und sich mit sozialpolitischen Themen zu profilieren versucht. Diese Strategie setzte sie im Bundestagswahlkampf fort. Das Aktionsprogramm unterschied sich u.a. dadurch von den Programmen der Linksparteien, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit herstellte. Die entsprechenden Forderungen lauteten: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“, die „Schaffung einer Volksgemeinschaft“, ein „Einwanderungsstopp“, ein „Gesetz zur Ausländerheimführung“ und eine „sozial gerechte Steuerpolitik“ durch höhere Steuern auf „müheloses Einkommen“ – eine Formulierung, die Punkt 11 des NSDAP-Parteiprogramms von 1920 entsprach.

Antikapitalismus war im Gegensatz zu vorhergegangenen Wahlkämpfen mit einer Dosis Antikommunismus vermischt, da man um die Konkurrenz der *Linkspartei* (PDS) fürchtete. Daher zeigte ein Wahlplakat Honecker und Lafontaine: „Alles schon vergessen? Nein zum Linksbündnis“. Vor Schulen warb die NPD um Jungwähler. Anfang September kündigte Bundeswahlkampfleiter Peter Marx die Verteilung von 200.000 „Schulhof-CD“ an. Sie enthielt neben nationalistischen Balladen Frank Rennickes (vom „Mädchen mit der Fahne“, das bei Kriegsende 1945 lieber starb, als die schwarz-weiß-rote Reichsfahne zu strecken) Titel von Skinhead-Bands wie „Sleipnir“: „Das System beschießt uns alle, und jeder ist gefragt / Ob du Glatze hast oder nicht, ist völlig scheißegal!“. Eine Mischung aus Sozialprotest und Etabliertenschelte stand auch in Mecklenburg-Vorpommern im Mittelpunkt. In einem materialintensiven Wahlkampf fanden Parolen wie die folgenden Verwendung: „Den Bonzen auf die Finger hauen“ – „Was lange gärt, wird endlich Glut: Deshalb NPD!“ – „Asylbetrüger raus. Touristen willkommen“ – „Wehrt Euch“ – „Kopf hoch – nicht in den Sand“.³³ Keine Rolle spielte hingegen der Geschichtsrevisio-nismus (Verharmlosung des NS-Regimes), der insbesondere für die aus dem Westen stammenden NPD-Mandatsträger unverzichtbar zu sein scheint und entsprechend häufig thematisiert wird, obwohl er im östlichen Deutschland auf wenig Resonanz stößt.³⁴ Hier wird das Spannungs-verhältnis zwischen dem Selbstverständnis weiter Teile der Parteibasis und der Außendarstellung in Wahlkämpfen sichtbar.

- 1| Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissen-schaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfra-gen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. – 2., akt. Aufl. – Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2006. – S. 651.
- 2| Völkl, Kerstin: Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokra-tie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rat-tinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 249-284, hier S. 262.
- 3| Vgl. zu diesen Ergebnissen auch Jacobs, Jörg: Tücken der Demokratie. Anti-systemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern. – Wiesbaden: VS, 2004. – S. 175 ff.
- 4| Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Ausländische Mitbürger 2004/2005. – Dresden 2005. – S. 1.
- 5| Vgl. nur folgende parteiinterne Studie: Chrapa, Michael Wittich, Dietmar: Die Mitgliedschaft, der große Lümmel Studie zur Mitgliederbefragung der PDS 2000. – Berlin: 2001.

- 6| Vgl. Steglich, Henrik: Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 17 (2005), S. 142-159, hier S. 150. Siehe auch ders.: Die NPD in Sachsen. Organisato-rische Voraussetzungen ihres Wählerfolgs 2004. – Göttingen: V & R Unipress, 2005. Steglich bereitet am Hannah-Arendt-Institut in Dresden eine Disserta-tion zum Thema vor.
- 7| Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, (2006) 4, S. 80 f.
- 8| Vgl. Spier, Tim: Regionale Varianz bei der Wahl der NPD – Eine wahlökologi-sche Untersuchung zur Landtagswahl 2004 in Sachsen. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik: Die NPD. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 75-102, hier S. 92.
- 9| Vgl. Infratest dimap: Wahlreport Bundestagswahl 2005. – Berlin: 2005. – S. 89.
- 10| Eurostat: Euro-Indikatoren, Pressemitteilung Nr. 143/2006 vom 3. November 2006.
- 11| Vgl. Marès, Antoine: Histoire des Tchèques et des Slovaques. – Paris: Perrin, 2005.
- 12| Vgl. Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe. – Cambridge: Cambridge University Press, 2007. – S. 184-232.
- 13| Vgl. Norris, Pippa: Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market. – Cambridge: Cambridge University Press, 2005. – S. 256.
- 14| Siehe zu den verschiedenen ideologischen Strömungen vor allem: Camus, Jean-Yves: Front national: eine Gefahr für die französische Demokratie? – Bonn: Bouvier, 1998. – S. 107-157. Vgl. zuletzt die Bilanz von Shields, James G.: The Extreme Right in France. From Pétain to Le Pen. – Abingdon / New York: Routledge, 2007. – S. 295-318.
- 15| Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungs-schutzbericht Brandenburg 2006. – Potsdam, 2007. – S. 29. Mayer, Stefan: Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremistisches Erfolgsmodell? In: Jahr-buch Extremismus & Demokratie, 18 (2006), S. 154-170.
- 16| Vgl. Faux, Emmanuel/Legrand, Thoma/Perez, Gilles: La main droite de Dieu. Enquête sur François Mitterrand et l'extrême droite. – Paris: Ed. du Seuil, 1994. – S. 21.
- 17| Vgl. Decker, Frank: Post-parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 17 (2005), S. 29-52.
- 18| Vgl. Steglich, Henrik: Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutsch-land – Die Bedeutung der Wahlkampf-Themen. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 55-74, hier S. 72. Rydgren, Jens : Is the Extreme Right-Wing Populism Contagious? Explaining the Emergence of a New Party Family. In: European Journal of Political Research 44 (2005), S. 413-437.
- 19| Vgl. zum Folgenden auch: Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aus-sichten. – Marburg: Tectum-Verlag, 2006. Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwick-lung, Ideologie und Struktur. – Frankfurt a.M.: Lang, 1999.
- 20| Zitiert nach Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 1998. – Dresden, 1999. – S. 28. Siehe auch Backes, Uwe: Organisationen 1998. In: Jahrbuch Extremismus & Demo-kratie, 11 (1999), S. 113-126, hier S. 122.

- 21| Vgl. Schroeder, Klaus: *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung.* – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2006. – S. 481.
- 22| Zitiert nach Kehr, Karsten: *Die zweite Karriere.* In: *Berliner Morgenpost* vom 5. August 1999.
- 23| Vgl. Virchow, Fabian: *Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland.* In: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland.* – Hamburg: Hamburger Ed., 2006. – S. 68-101.
- 24| BVerfG: 2 BvB 1/01 vom 18. März 2003, Abs. 62. Siehe zum NPD-Verbotsverfahren vor allem: Flemming, Lars: *Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“.* – Baden-Baden: Nomos, 2005. Jesse, Eckhard: *Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden.* In: *Politische Vierteljahresschrift*, 44 (2003), S. 292-301. Leggewie, Claus / Meier, Horst (Hrsg.): *Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? – Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2002.* Ooyen, Robert Chr. van: *Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.* In: Ders. / Möllers, Martin H.W. (Hrsg.): *Das Bundesverfassungsgericht im politischen System.* – Wiesbaden: VS, 2006. – S. 333-349.
- 25| Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2004.* – Dresden, 2005. – S. 71.
- 26| Vgl. „Republikaner-Chef wechselt zur NPD.“ In: *Volksstimme (Magdeburg)* vom 10. Januar 2007.
- 27| Vgl. nur die Grundsatzzerklärung des Bundesvorsitzenden: Rolf Schlierer: *Keine braune Volksfront! Oktober 2004.* Schlierer wurde auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 im mittelfränkischen Höchstadt mit 135 von 206 Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat Björn Clemens, der sich für die Mitarbeit im „Deutschlandpakt“ ausgesprochen hatte, erhielt 71 Stimmen. Vgl. REP-Pressemitteilung Nr. 46 vom 10. Dezember 2006.
- 28| „Taten statt Worte. Gemeinsame Erklärung der Parteivorstände von DVU und NPD.“ http://www.npd.de/npd_info/meldungen/2004/m0604-18.html [18. Mai 2005]
- 29| „Deutschland-Pakt von DVU und NPD“, 16. Januar 2005. <http://www.dvu.de> [6. September 2005]
- 30| Vgl. Wulff, Thorsten / Heise, Thorsten / Tegethoff, Ralph: *Erklärung zum Eintritt in die NPD, 17. September 2004.* <http://www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm> [14. Mai 2005]
- 31| Bundesamt für Verfassungsschutz: *Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus.* – Köln 2006. – S. 5.
- 32| Vgl. *Der Bundeswahlleiter: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005.* – Wiesbaden 2005. – S. 52.
- 33| Vgl. Jesse, Eckhard: *Wahlen 2006.*
- 34| Vgl. Buchstein, Hubertus / Fischer, Benjamin: *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns.* In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): *Die NPD.* – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 143-166. Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel.* – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2005. – S. 41.

4. ERFOLG ERSCHWERENDE FAKTOREN

Auf regionaler Ebene, vor allem im östlichen Deutschland, hat die NPD ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, für sie günstige Rahmenbedingungen und sich bietende Gelegenheiten für Wahlergebnisse in beachtlicher Größenordnung zu nutzen. Wird sie in der Lage sein, diese Erfolge zu verstetigen und einen politischen Durchbruch auf nationaler Ebene zu erreichen? Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte erscheint eine solche Entwicklung wenig wahrscheinlich. Mit dem Rückenwind steigender Stimmenanteile bei Wahlen konnte die NPD zwar ihren Mitgliederbestand ausbauen (auf 7.000 Ende 2006), doch blieb ein kräftiger Zustrom (wie bei den REP Ende der achtziger Jahre) bislang aus. Die Parteilite hat sich verjüngt, ist aber weitgehend vom subkulturellen Bewusstsein einer verschworenen Gemeinschaft politisch Verfolgter geprägt – eine Folge von Verbotserfahrungen, Konflikten mit der Strafjustiz, beruflichen Repressalien wie der Entfernung aus dem öffentlichen Dienst, sozialer Isolation und Stigmatisierung. Nur wenige verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Neben den Parteiämtern stellt der Handel mit szenetypischen Büchern, Zeitschriften, Broschüren, Medaillen, Orden und Ehrenzeichen sowie Bild- und Tonträgern eine wichtige Erwerbsquelle dar.¹ An der Parteispitze sind Charismatiker nicht zu finden, und die Zahl der intellektuellen Schreiber, die sich im Parteiorgan mehr oder weniger professionell äußern, hält sich in Grenzen.

Selbst im stärksten Landesverband, Sachsen (ca. 1.000 Mitglieder Ende 2006), kam es zu unübersehbaren personellen Engpässen. So dominiert(en) in der Dresdner Landtagsfraktion die aus dem Westen stammenden Führungskader, was für Unmut unter den östlichen Funktionären sorgte. Mit dem Fraktionsaustritt dreier Abgeordneter (Klaus Baier, Mirko Schmidt und Jürgen Schön) begann ein Schrumpfungsprozess, der ein Jahr später unter unrühmlichen Begleitumständen seine Fortsetzung fand. Im November 2006 wurde das langjährige Parteimitglied Klaus-Jürgen Menzel wegen „unsauberen Finanzgebarens“ aus der Fraktion ausgeschlossen. Kurz zuvor hatte er sich in der Fernsehsendung „MDR aktuell“ zu Adolf Hitler bekannt („Zum Führer stehe ich nach wie vor“). Wenige Wochen später legte der Pressesprecher des sächsischen Landesverbandes, Matthias Paul, sein Mandat und alle Parteiämter nieder, nachdem die Dresdner Staatsanwaltschaft das Landtagsbüro und die Privatwohnung wegen des Verdachts des Erwerbs, des Besitzes und der Verbreitung kinderpornographischer Schriften durchsucht hatte. Ein besonders schwerwiegender Verlust war der tödliche Verkehrsunfall des Königsteiner Fahrlehrers Uwe Leichsenring (August 2006). Der parlamentarische Geschäftsführer war in der Sächsischen Schweiz sozial verankert und hatte sein Mandat mit Umtriebigkeit und rhetorischem Geschick wahrgenommen. Die Partei konnte diesen Verlust kaum kompensieren. Wie dünn die Personaldecke war, bewies der Umstand, dass in Dresden bewährte Kräfte (angeführt von Multifunktionär Peter Marx) nach Schwerein entsandt wurden, um den dortigen Landtagswahlkampf zu unterstützen. Zudem hatte die Partei in einigen Regionen eine „gezielte Ansiedlungsstrategie von NPD-Kadern aus dem Westen“² betrieben.

Die Serie von – teils bescheidenen, teils beachtlichen – Wahlerfolgen bescherte der NPD zwar erhebliche Mittelzuwendungen im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung, verbesserte die angespannte Finanzlage jedoch nicht nachhaltig, da die NPD kostenintensive Wahlkämpfe vorfinanziert hatte und aufgrund unsauberer Finanztransaktionen im thüringischen Landesverband (ein Fall aus den neunziger Jahren) mit beträchtlichen Mittelrückforderungen des Deutschen Bundestages konfrontiert war.³ Im Übrigen geriet die Partei in den Verdacht, sich durch die Androhung des Erwerbs von Immobilien zu politischen Zwecken finanzielle Vorteile zu erschleichen.⁴

Die strategische Radikalisierung der Partei unter dem Parteivorsitzenden Voigt setzt den Sammlungsbemühungen am rechten Rand Grenzen.

„Straßen-“ und „Wahlpolitik“ sind, anders als die NPD-Führung glauben machen will, nur bedingt miteinander vereinbar. Die REP-Führung wahrt Distanz zur NPD, und das Bündnis mit der DVU dürfte auf eine harte Probe gestellt werden, wenn nur die NPD davon profitiert und das Bestreben Freys, sich als „verfassungstreue Rechte“ zu präsentieren, durch die engen Verflechtungen mit der Kameradschaftsszene durchkreuzt wird. Die ideologische Radikalisierung der NPD hat einen ähnlichen Effekt. Der sozialrevolutionäre, ethnozentrische Naturalismus der NPD ist mit „neoliberaler“ Sozial- und Wirtschaftsprogrammatik unvereinbar, und gelegentlich bei der NPD vernehmbare neo-heidnische Positionen widerstreiten christlich-konservativen oder gar christlich-fundamentalistischen Anschauungen.

Entscheidend dürfte folgender Sachverhalt sein: Von allen deutschen Rechtsaußenparteien ist die NPD diejenige, die dem historischen Nationalsozialismus am nächsten steht. Der ideologische Dogmatismus der Partei ist so ausgeprägt, dass er ihre populistische Manövrierfähigkeit erheblich begrenzt. Sie erfüllt keine der Anforderungen, die von wissenschaftlichen Beobachtern wie Herbert Kitschelt, Piero Ignazi oder Jens Rydgren für den Erfolg von Rechtsaußenparteien in (West-)Europa (etwa: ideologische Distanz zu den Vorläufern der Zwischenkriegszeit, Synthese aus Nationalismus und Neoliberalismus) entwickelt worden sind.⁵

Die Ideologie der NPD weist unübersehbare Affinitäten zu der des historischen Nationalsozialismus auf. Für den Ultrationalismus der NPD ist charakteristisch, dass Nation und Volk, Ethnos und Demos zusammenfließen. So heißt es im geltenden Grundsatzprogramm: „Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat, in dem ein Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens garantiert. Deutschland ist das Land der Deutschen und somit die Heimstatt unseres Volkes. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile sind die höchsten Ziele deutscher Politik.“⁶ „Volk“ wird hier nicht bloß im Sinne von „Demos“ (Staatsvolk, Staatsbürgerschaft), sondern als „Ethnos“, als eine biologisch gewachsene Einheit, verstanden. Die Familie ist „Träger des biologischen Erbes“.⁷ Im *Politischen Lexikon*, einem der Mitglieder-schulung dienenden Kompendium, das die NPD auf ihrer Homepage verbreitet, treten Volk und Nation in folgender Weise in Beziehung: „Ein Volk wird zur Nation, wenn es sich seines politisch-kulturellen Eigenwertes bewusst wird und sein Dasein als selbständige sichtbare Ganzheit

bejaht. Das Volk liefert dazu den biologisch, geschichtlich und kulturellen [sic!] Ausgangspunkt.“ Zitiert wird einer der Vordenker einer „Neuen Rechten“, Wolfgang Günther (unter dem Pseudonym Gert Waldmann): „Der Nationalismus ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient der Arterhaltung, also einem biologischen Grundprinzip. Nationalismus ist Fortschritt im Sinne der Evolution.“⁸

Das NPD-Leitbild einer ethnisch homogenen Nation schließt das Nebeneinander verschiedener Ethnien in einem Nationalverband logischerweise aus. „Diese Vorstellung missachtet das Recht eines Volkes, in seinem Lebensraum ausschließlich seiner eigenen Überlieferung und Lebensgestaltung Raum zu geben. [...] Nationalisten lehnen die Zusammenschließung fremder Kultur- und Volksteile in die Nationalkultur ab.“⁹ Die NPD hält ethnische Mischung für schädlich. Einwanderung beschwöre die Gefahr des Schmelztiegels herauf, in dem alles „verköcht“, „bis aus Weißen und Schwarzen ‚Graue‘ geworden sind. Diese entwurzelten und vereinsamten Einheitsmenschen sind dann wehrloser Spielball von Regierungen, Medien und Wirtschaft, weil sie keine schützende Gemeinschaft mehr bilden können.“ Eine Gesellschaft von „ethnokulturellen Kastraten“¹⁰ entsteht, die „Volksgemeinschaft“ degeneriert.

Die „Mischungsaversion“ der NPD bildet die Grundlage eines Programms ethnischer Exklusion und Rehomogenisierung.¹¹ Dabei wird das deutsche Volk als germanische Ethnie angesehen, eine mythische Konstruktion, die in innerparteilichen Diskussionen offenbar kaum in Frage gestellt wird. Wenn die NPD proklamiert: „Nationalisten lehnen die Zusammenschließung fremder Kultur- und Volksteile in die Nationalkultur ab“¹², müsste sie konsequenterweise für die Aussiedlung der seit Jahrhunderten in Sachsen ansässigen Sorben oder der unter Friedrich II. in Preußen angesiedelten Hugenotten plädieren. In der Logik des ethnischen Rehomogenisierungsprogramms der NPD kann die „Massenheimeführung von Ausländern“¹³ nur ein erster Schritt sein: „Nur ethnisch geschlossene Gesellschaftskörper mit geringem Ausländeranteil sind solidar- und belastungsfähig.“¹⁴ Als „Ausländer“ betrachtet die NPD dabei auch die „fremdvölkischen ‚Passdeutschen‘“.¹⁵

Allerdings wird zwischen Europäern und Nicht-Europäern ein Unterschied gemacht: „Um gemischt-ethnische Beziehungen zwischen Angehörigen der ethnisch-kulturell verwandten europäischen Völker geht es nicht. Rückzuführen sind vor allem die Nicht-Europäer.“¹⁶ Insofern scheint die

NPD großzügiger zu sein als etwa der *Vlaams Blok/Vlaams Belang* (VB) in Flandern, für den das Zusammenleben mit einer nicht-flämischen, aber europäischen „Ethnie“ unerträglich erscheint. Mit dem VB gemeinsam hat die NPD den Ethnonationalismus mit dem Leitbild eines ethnisch homogenen Staates.¹⁷ Doch stellen für die NPD die „Mischlinge“ von Deutschen und Nicht-Europäern das zentrale Problem dar. Sie werden „das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt.“¹⁸ Angesichts solcher Äußerungen sah sich sogar DVU-Chef Gerhard Frey während der Fußball-Weltmeisterschaft veranlasst, die dunkelhäutigen, teilweise afrikanischstämmigen Nationalspieler David Odonkor und Gerald Asamoah in Schutz zu nehmen. Eine rechtmäßig erworbene Staatsangehörigkeit dürfe nicht mehr zurückgenommen werden.¹⁹

Rechtliche Überlegungen dieser Art finden in der ethnischen Reinheitslehre der NPD keine Grundlage: Deren ethnischer Ultrationalismus gründet auf einem biologischen Rassismus. Dieser konstruiert einen Gruppenkonflikt, bei dem die Individuen „durch wirkliche oder vermeintliche unterschiedliche Abstammung sowie aufgrund wirklicher oder vermeintlicher erblicher, als unveränderlich geltender physischer und psychischer Eigenschaften und Gruppenmerkmale ihrer jeweiligen Gruppe zugerechnet werden.“²⁰

Der rassistische Ultrationalismus der NPD ist mit wirtschaftlichem Liberalismus unvereinbar. Vor den individualistischen Tendenzen der liberalen Ökonomie und Globalisierung soll die Volksgemeinschaft schützen.²¹ Die von der NPD propagierte „raumorientierte Volkswirtschaft“ bildet ein protektionistisches System, das massive staatliche Interventionen erfordert.²² Die NPD kann daher schwerlich einem „tax populism“ huldigen²³ und als Beschützerin der Bürger vor einem die privaten Kassen plündernden, wuchernden Wohlfahrtsstaat auftreten, wie es die skandinavischen *Fortschrittsparteien* oder die FPÖ zeitweilig getan haben. Auch dem FN haben Komparatisten wie Herbert Kitschelt nachgesagt, das Erfolgsrezept bestehe in der geschickten Verbindung xenophober und neoliberaler Elemente²⁴, obwohl sich die Partei in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen keineswegs konsequent von Sozialprotektionismus verabschiedete. Immerhin trumpfte der FN in Wahlkämpfen unter dem Eindruck des Thatcher- und Reaganismus zeitweilig mit neoliberalen Forderungen auf. Die NPD hat sich davon vollkommen ferngehalten. Mehr noch: Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gebärdet sie sich nicht

nur sozialprotektionistisch, sondern sozialrevolutionär. Wenn Voigt „Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Konzerne und des Kapitals“²⁵ geißelt und die düstere Realität des „liberalkapitalistischen Systems der BRD“²⁶ in schwärzesten Farben zeichnet, dokumentiert er einen Kontinuitätsbruch zur NPD der sechziger Jahre mit ihrem eher besitzbürgerlichen Habitus.

Stattdessen reiht sich die NPD in die historische Traditionslinie jener Formationen der extremen Rechten ein, die Ultrationalismus mit einer spezifischen Art von Sozialismus zu verbinden suchten. Im *Politischen Lexikon* setzt sich die NPD vom marxistischen Verständnis ab und plädiert für einen „Nationalen Sozialismus“: „Im politischen Verständnis des Volkes wird, aufgrund der bisher realpolitisch sich sozialistisch bezeichnenden Systeme, Sozialismus fälschlicherweise mit kommunistischer Planwirtschaft gleichgesetzt und daher abgelehnt. Nationaler Sozialismus sucht den Ausgleich zwischen Markt und Plan und entspringt nicht dem materialistischen Denken der Linken. Nicht mit dem Ziel des Klassenkampfes, sondern der Klassenbeseitigung muss der Sozialismusbegriff aus nationalistischer Sicht wieder als annehmbarer Begriff besetzt werden.“²⁷ Der Überwindung der Klassenspaltung dient die Idee der „Volksgemeinschaft“. Sie „soll vorrangig das Gemeinwohl sichern, u.a. Schutz der Einzelnen vor den Einzelanliegen anderer, Ausbeutung und Entfremdung von ihrer nationalen Identität. Die Volksgemeinschaft schafft die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk. Sie wird stets eine klare soziale Unterscheidung zeigen, als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.).“²⁸ Der volksgemeinschaftliche Egalitarismus findet mithin seine Grenze in der natürlichen Verschiedenheit der Menschen. Volksgemeinschaft und ethnisch homogene Leistungselite („Führertum“) stehen nicht in einem Gegensatz zueinander.

Die Einführung des „nationalen Sozialismus“ und der „nationalen Volksgemeinschaft“ setzt den Bruch mit dem Status quo in der Bundesrepublik Deutschland voraus. Im Gegensatz zu anderen, bei Wahlen zeitweilig erfolgreichen Rechtsaußenparteien legt die NPD eine offen systemfeindliche Haltung an den Tag. Sie zählt also nicht zur Gruppe jener Formationen in Europa, die Cas Mudde, Michael Minkenberg und Pascal Perrineau als „radikale Rechte“ bezeichnen und von deren Vertretern sie meinen, sie seien zwar „ultrationalistisch“, strebten aber keineswegs unbedingt die Überwindung der Demokratie an.²⁹

Über ihre feindliche Haltung gegenüber jenem Typus liberaler Demokratie, wie er in den EU-Mitgliedsstaaten in verschiedenen Variationen existiert, lässt die NPD jedenfalls kaum Missverständnisse aufkommen. Sie artikuliert sich in besonders schroffer Form bei der NPD-Jugendorganisation. So heißt es in einem vom JN-Bundesvorstand in Berlin verfassten Beschluss vom 28. Januar 2006, das „System“ sei unreformierbar, müsse folglich „beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden“. Da sich die „soziale Frage“ verschärfen werde, mehrten sich die Chancen für eine „revolutionäre Kampfpartei“: „Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“³⁰ Die Revolutionsbegeisterung, die aus solchen Formulierungen spricht, stößt auch in rechtsintellektuellen Zirkeln auf Kritik: „Wissen Sie, wie leicht es ist, etwas zu zerschlagen und wie schwer, etwas Ordentliches aufzubauen?“, entgegnete Götz Kubitschek seinem *Deutsche Stimme*-Interviewer Andreas Molau auf den Vorwurf, das sich selbst als national-konservativer Think Tank verstehende „Institut für Staatspolitik“ stelle „das System nicht in Frage“.³¹

Das Tabula rasa-Denken, das Kubitschek aufs Korn nahm, kennzeichnet nicht nur die Jugendorganisation, sondern auch die NPD-Bundesführung. So erklärte der Bundesvorsitzende Udo Voigt im September 2004, die NPD verfolge die Absicht, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Die „BRD“ sei wie die frühere DDR ein „Vasallenstaat“. Das „liberal-kapitalistische System“ stehe „kurz vor dem Zusammenbruch“. Nach der Machtübernahme durch die NPD werde man die politisch Verantwortlichen ihrer gerechten Strafe zuführen. Die NPD wolle die „Volksgemeinschaft“³² wiederherstellen.

Wie die „Volksgemeinschaft“ politisch organisiert werden soll, ist aus den programmatischen Texten der NPD nur schwer zu rekonstruieren. Die liberale Demokratie („Demoliberalismus“) wird abgelehnt, da sie „zur Überbetonung des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft“³³ führt. Die Demokratie der NPD ist Ethnokratie, gründet sich auf einen „Volksstaat“ mit einer aristokratischen „Führungselite“.³⁴ Die NPD sieht sich selbst als „antiliberaler“ Partei, da „Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromissobjekt; dabei wird jedes Gemeinwohl und jede Staatlichkeit zwischen den Mühlsteinen des Interessenkampfes

zerrieben.“³⁵ Die NPD neigt – wie viele andere Fundamentalkritiker des demokratischen Verfassungsstaates – einer Identitätstheorie der Demokratie zu. Der NPD-Staat soll das „liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen“.³⁶ Bei ihren institutionellen Lösungen will sie sich u.a. von den europäischen Faschismen inspirieren lassen, von den „Verfahren, die romanische Staaten wie Italien, Portugal, Spanien, gerade durch zeitweilige Ausschaltung liberalistischer und marxistischer Positionen, zu zeitweiliger Blüte verholfen haben.“³⁷ Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird hingegen weitgehend abgelehnt: „Es ist ein Diktat der Westalliierten, es ist vom deutschen Volk nie in einer Volksabstimmung abgesegnet worden, die Grundrechtsbestimmungen triefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohlschädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“³⁸

Trotz der revolutionären Radikalität ihrer Systemkritik distanziert sich die NPD offiziell stets von jeglicher Gewaltanwendung. Sie will mit legalen Mitteln an die Macht kommen. In den Handreichungen für Funktionäre heißt es: „Die NPD hat das Gewaltmonopol des Staates zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt und lehnt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Jede Form der Gewalt ist politisch kontraproduktiv und ein Ausdruck geistiger Schwäche und fehlender Argumente. Wir aber brauchen keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gegner zu scheuen, da wir die besseren Argumente haben und die Systemkräfte mit ihrem politischen Latein längst am Ende sind.“³⁹ Auch die revolutionsbegeisterte Jugendorganisation JN lässt es in der Gewaltfrage nicht an Klarheit vermissen: „Revolutionär ist ideologischer und *nicht bewaffneter* Kampf“, heißt es in dem Pamphlet „Vorwärts zur deutschen Revolution“.

Im Unterschied zur irischen *Sinn Fein* oder der baskischen *Herri Batasuna* hat die NPD niemals symbiotische Beziehungen zu Terrorgruppen unterhalten, zumal ein aus dem Untergrund planhaft und systematisch vorgehender Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik bislang eine Ausnahmeerscheinung geblieben ist.⁴⁰ Die NPD betrachtet die militanten Szenen zwar als ein Rekrutierungsreservoir, erwartet von ihren Mitgliedern jedoch diszipliniertes Verhalten. Der NPD-Verbotsantrag der Bundesregierung ging in die Irre, wenn er den Versuch unternahm, den verfassungsfeindlichen Charakter der Partei mit der Beteiligung von NPD-Mitgliedern

an illegalen, gewaltorientierten Handlungen zu begründen.⁴¹ An Beispielen eben jener fehlt es ohne Zweifel nicht, doch dürfte deren Repräsentativität schwerlich nachzuweisen sein. Die Strategie der Partei zielt nicht auf gewaltsamen Umsturz, sondern auf eine Überwindung der parlamentarischen Demokratie mit deren eigenen Mitteln.

Dessen ungeachtet gilt: Hasserfüllte Systemkritik, wie sie aus NPD-Kreisen vorgetragen wird, vermag Gewalt in den Subkulturen zu stimulieren. Wie schmal der Grat zwischen verbaler Radikalität und Animation zu gewaltorientiertem Handeln sein kann, lässt sich anhand einer Passage eines DS-Artikels von Angelika Willig verdeutlichen, einer in Freiburg promovierten Philosophin, die von der *Jungen Freiheit* zur NPD übergewechselt ist und von der intellektuell vergleichsweise versierte Beiträge im NPD-Parteiorgan stammen. In einem Beitrag, in dem sie für einen differenzierten Umgang mit Islamisten wirbt, heißt es: „die radikalen Islamisten stehen an der Spitze der neuen Opposition gegen die ‚einzige Weltmacht‘. Wenn man ehrlich ist, versetzen nicht deutsche oder europäische Nationalisten die Wall Street in Sorge, wohl aber die Araber. Selbst noch als versprengte Einzelpersonen lehren radikale Moslems das globale Establishment das Fürchten. Man kann nicht umhin, einer solchen Lehre Respekt zu zollen.“⁴² Von solchen Äußerungen zur Rechtfertigung des „bewaffneten Kampfes“ ist der Weg nicht weit. Jedoch wäre es zu einfach, von einer Meinungsäußerung im Parteiorgan auf die Haltung der NPD-Führung zu schließen.

Auch im Hinblick auf die Haltung der Partei zum historischen Nationalsozialismus kann man nicht von völliger Geschlossenheit ausgehen, zumal die NS-Ideologie keine Einheit bildete und vielerlei Anknüpfungspunkte wie auch Reibungsflächen bietet. Sieht man in der Weltanschauung Hitlers eine Art Grundkonsens, mit dem sich verschiedene Strömungen der Partei integrieren ließen, kann diese immerhin als Maßstab der Beurteilung dienen.

Zu den unverrückbaren Prinzipien der Weltanschauung Hitlers zählte der „Rassenstandpunkt“. Demnach hatte die eigene Rasse/das eigene Volk im Mittelpunkt aller Überlegungen und Handlungen zu stehen. Weder „das Individuum“ noch „die Menschheit“ konnten entscheidende Bezugsgrößen sein.⁴³ Dabei waren „Rasse“/„Volk“ biologisch determiniert. Diese Überzeugung wird von der NPD geteilt. So heißt es in den Argumentationshilfen für Funktionäre: „Die Menschen leben in Völkern als organisch ge-

wachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. Dem Menschen ‚an sich‘ kann man gar nicht begegnen, wohl aber dem Russen oder dem Chinesen. Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ‚Menschheit‘. Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“⁴⁴ Wie Hitler ist auch die NPD davon überzeugt, bei dieser Lehre handele es sich um die einzig wahre, naturwissenschaftlich unanfechtbare Anschauung⁴⁵ – im Gegensatz zur „christlichen“, „liberalistischen“ und „marxistischen“: „Diesen ersichtlich an der Wirklichkeit gescheiterten Vorstellungen, die unsere Völker fast lebensuntüchtig gemacht haben, stellen wir Nationalisten das wirkliche Menschenbild gegenüber. Dieses bindet sich an naturwissenschaftlich erhärtete Tatsachen (etwa der Verhaltensforschung und biologischen Anthropologie), und überwindet waghalsige Vorstellungen (nach ideologischen Vorgaben rein verallgemeinernd hergeleitete Einfälle ohne Wirklichkeitsbezug). Das wirkliche Menschenbild trägt der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsgebundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform, sowie den Völkern, Rechnung.“⁴⁶

Wie Hitler will auch die NPD die Gegensätze der „Klassen“ und „Stände“ in der „Volksgemeinschaft“ überwinden, einen „Dritten Weg“ zwischen den Extremen des Kapitalismus und des Kommunismus finden, Markt und Plan, Sozialismus und Nationalismus miteinander verknüpfen. Die Grundlage bilde auch hier „das wirkliche Menschenbild von Nationalisten. Der Dritte Weg will die Widersprüche Klasse und Nation überwinden, liberalistische Gleichmacherei wie marxistischen Kollektivismus erübrigen.“⁴⁷ Die Verbindung und Überwindung der Extreme erläuterte der Historiker Jürgen W. Gansel, neben Holger Apfel Chefideologe der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, in folgender Weise: „Wir sind rechtsradikal insofern wir die Gleichheit der Menschen, Völker und Rassen bestreiten, deshalb die Menschenrechte in ihrer liberalistischen und linken Lesart ablehnen. Wir sind linksextrem insofern wir erkennen, dass das große private Sach- und Finanzkapital durch seine maßlose Akkumulationslogik sich jeder Gemeinschaftsorientierung und raumorientierten Volkswirtschaft konsequent widersetzt, weshalb in diesem Bereich – mit dem

Absturz der Globalisierung – die Enteignung unvermeidbar sein wird. Wir werden dann aber auch wieder rechtsradikal sein, wenn Linksradikale nicht zwischen mittelständischen Unternehmen und ‚Pseudo-Unternehmern‘, das heißt zwischen Aktionären und AG-Vorstandsvorsitzenden, unterscheiden wollen (also zwischen schaffendem und raffendem Kapital). Schließlich richtet sich unser nationalrevolutionärer Radikalismus am Gemeinwohl des deutschen Volkes aus.“⁴⁸

Wie dieses Zitat belegt, zeigen die Repräsentanten der NPD keine Scheu vor der Verwendung nationalsozialistischer Vokabulars. Selbst das historisch in besonderer Weise kontaminierte Attribut „völkisch“ stößt nicht auf Berührungsängste, etwa wenn Gansel, dessen Verbalradikalismus unter den Abgeordneten des sächsischen Landtags hervorsteicht, feststellt: „In Teilen Mitteldeutschlands haben Nationalisten mit völkisch aufgeladenen Sozialthemen bereits die Meinungsführerschaft errungen“. Wenn er „die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler“⁴⁹ klappern hört, klingt im Hintergrund das alte SA-Kampflied an.

Gansel war es auch, der die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 im Sächsischen Landtag als „Bomben-Holocaust“⁵⁰ bezeichnete. Die Formel ist bei der NPD bereits seit längerem eingeführt.⁵¹ Im „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, das die NPD im Bundestagswahlkampf 2005 verbreitete, war u.a. die Forderung nach einer Steuer auf „müheloses Einkommen“⁵² enthalten – eine Formulierung, die Punkt 11 des NSDAP-Parteiprogramms von 1920 entspricht. Im *Politischen Lexikon* der NPD beruft man sich unter dem Stichwort „Rasse“ auf den „bedeutenden Anthropologen“ Hans F. K. Günther, und damit auf einen der einflussreichsten Rassenideologen der NS-Zeit.

Die demokratischen Parteien firmieren bei der NPD in einer genau der nationalsozialistischen entsprechenden Diktion häufig als „Volksfeinde“.⁵³ Auch die weltanschaulichen Strömungen, von denen sich die NPD distanziert, entsprechen dem nationalsozialistischen Feindbild: Christentum, Liberalismus und Marxismus. Mit der expliziten Ablehnung des christlichen Menschenbildes⁵⁴ unterscheidet sich die NPD deutlich von anderen Rechtsaußenparteien, insbesondere aber der „religious right“ mit ihrer Verbindung von Nationalismus und fundamentalistisch interpretiertem Christentum, wie sie in überwiegend evangelikalen Formen in den USA oder auch in katholisch-integristischer Ausprägung in Polen politischen Einfluss ausübt.⁵⁵ Der NPD könnte (nicht nur wegen der anderen „natio-

nenen" Rolle des deutschen Katholizismus) wohl kaum gelingen, was dem FN in den achtziger/neunziger Jahren zeitweilig glückte: die Integration von Teilen der katholischen Integristen.⁵⁶ Mit Jürgen Rieger gehört ein dezidiert Antichrist dem NPD-Bundesvorstand an. Er leitet die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft“, in der die Überlegenheit der altgermanischen Götterwelt und Kultur beschworen, das Christentum als Quelle der Dekadenz geschmäht wird.

Wenn Rieger die „Kreuzzugsmentalität“ der „jüdisch-christlich geführten USA“⁵⁷ geißelt, klingen Verschwörungstheorien über das Wirken Israels, der USA und jüdischer Lobbies an der „Ostküste“ an, wie sie in der NPD kursieren.⁵⁸ Im Unterschied zur NSDAP prägt der Antisemitismus die NPD-Parteiprogrammatik nicht, doch erscheinen Israel und die Juden in der Parteipresse stets in negativen Zusammenhängen. Antisemitismus klingt insbesondere bei falschen historischen Analogien, in Polemiken gegen die Form des Gedenkens an die jüdischen NS-Opfer und bei der Hofierung der Auschwitz-Leugner-Szene an.⁵⁹ Antisemitische Ressentiments treten oft in Verbindung mit Antiamerikanismus auf: „Amalgamiert mit Antiamerikanismus dient aggressive Judenfeindschaft als Ventil zur Artikulation atavistischer antisemitischer Emotionen: Parallel dazu wird der sekundäre Antisemitismus – also die Judenfeindschaft, die sich aus der Abwehr der Erinnerung an den Holocaust speist – in Verbindung mit der provokativen Verweigerung gegenüber der Erinnerungskultur instrumentalisiert.“⁶⁰ So verließen die Abgeordneten der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 21. Januar 2005 den Plenarsaal, um nicht an einer Gedenkminute für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors teilnehmen zu müssen. In ihren Handreichungen für Funktionäre empfiehlt die Partei, beim Thema Antisemitismus mit dem Hinweis auf die Legitimität von „Kritik an jüdischen Interessenverbänden“ zu reagieren: „Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmüligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren.“⁶¹ Gleichzeitig wird folgendes Bild der NS-Herrschaft vermittelt: Das „Deutsche Reich“ habe „in der kurzen Zeitspanne von 1933 bis 1939 die Fesseln von Versailles abgestreift“ und sich „zu einem nationalen und sozialen, autoritativen und wehrhaften Staatswesen mit großer Anziehungskraft“⁶² entwickelt.

Das in der Partei verbreitete Geschichtsbild erhellt eine programmatische Parteitage, die der Bundesvorsitzende im Oktober 2004 in Leinefelde hielt. Die Zeit vor 1945 thematisierte Voigt nicht eingehend. Wo er sie

erwähnte, sprach er jedoch ausschließlich von Heldentum und nationalem Verantwortungsbewusstsein. 1945 gilt ihm als Startdatum für eine bis heute andauernde Besetzung Deutschlands und für die Machtübernahme „einer Clique mehr oder weniger korrupter Politiker, die hier und da sogar Kollaboration mit den alliierten Kriegsgewinnern trieben.“ Sie übt eine „Fremdherrschaft“ aus. Die Erfolge der Partei würden den Boden für eine „politische Wende“ vorbereiten, die dazu führen könnte, dass bei der nächsten Bundestagswahl „erstmalig nach dem bitteren Ende des Zweiten Weltkrieges“, des „Opferganges unserer Väter und Großväter“, wieder „eine starke nationale Fraktion in den Deutschen Reichstag“⁶³ einziehe. So wundert es nicht, dass Voigt Adolf Hitler an anderer Stelle als „großen deutschen Staatsmann“⁶⁴ gewürdigt hat.

Solche Äußerungen dürften innerhalb der NPD mehrheitsfähig sein. Allerdings hat einer der maßgeblichen Protagonisten einer „Intellektualisierung“, der Publizist Jürgen Schwab, aus Protest gegen solche Bekundungen die Partei verlassen. Schwab orientierte sich in seinen theoretischen Beiträgen zur Fundierung eines „Neuen Nationalismus“ am Staatsverständnis Carl Schmitts und dem italienischen Faschismus. Der Nationalsozialismus sei „unfähig zu einem Staatsethos“, Benito Mussolini „visionärer als Adolf Hitler“ gewesen. Die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus hätte nach Schwab ein „Exportartikel“ werden, einen Befreiungsnationalismus inspirieren können, hätte der Nationalsozialismus die nicht-germanischen Völker, vor allem die Slawen, „als Völkerrechtssubjekt“⁶⁵ anerkannt. Von dieser Position aus übte Schwab heftige Kritik am „Hitlerismus in der NPD“.⁶⁶

Allerdings muss man, um Voigt gerecht zu werden, auch die kritischen Bemerkungen zur Kenntnis nehmen, die er mit seiner Würdigung Hitlers als „großen Staatsmann“ verband. So distanzierte er sich im *Junge Freiheit*-Interview vom „imperialistischen“ Charakter des Nationalsozialismus und wollte damit wohl zwischen den Positionen Schwabs und denen entschiedener Neonationalsozialisten vermitteln. In ihrer Programmatik hat die NPD dem imperialen Rassismus seit langem eine Absage zugunsten eines differentialistischen Ethnonationalismus erteilt.

Diese Position ist keineswegs so neu, wie gelegentlich angenommen wird. Sie existierte bereits als Minderheitsmeinung innerhalb der historischen NS-Bewegung und bildete einen zentralen Programmpunkt des 1950 gegründeten Theorieorgans „Nation Europa“.⁶⁷ Die französische *Nouvelle*

droite um Alain de Benoist verfeinerte das Konzept in den siebziger Jahren und brachte es – durch die Vermittlung Armin Mohlers – wieder in die deutsche Diskussion ein.⁶⁸ Es schlug sich bereits in den achtziger Jahren in der NPD-Programmatik nieder, etwa in den 1987 verabschiedeten „Nationaldemokratische[n] Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“. Unter Punkt X. wurde vor einem „Kulturimperialismus“ gewarnt, der „die Eigeninteressen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ missachte: „Der Imperialismus entsteht aus dem Versuch, scheinbar universell gültige Werte durch ideologische Missionen allen Völkern aufzwingen zu wollen.“⁶⁹ Mit dem biologischen Rassismus älteren Typs hat der Ethnopluralismus gemeinsam, dass an die Stelle der Individualrechte das Kollektivrecht der „Völker“ oder „Ethnien“ tritt, die als naturgegebene und homogene Einheiten ihre jeweilige „Identität“ entfalten.

Der Ethnopluralismus der NPD schließt Multikulturalismus – im Unterschied zur Konzeption de Benoists – explizit aus. Ein Nebeneinander der Kulturen/Völker innerhalb eines Staates führe stets zu unheilvollen Entwicklungen. Die Reinerhaltung des deutschen „Volkskörpers“ erfordert die Fernhaltung von Fremden. Ihnen darf daher auch kein Grund und Boden verkauft werden: „Die Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unsere Bevölkerung nicht entfremden. Grund und Boden bleiben immer Eigentum des deutschen Volkes und dürfen nicht an Ausländer veräußert werden.“⁷⁰ Umgekehrt pocht die NPD auf die vermeintlich angestammten Rechte des deutschen Volkes in Gebieten, die seit langem nicht mehr zu Deutschland gehören. In ihrem seit 1997 gültigen Programm heißt es: „Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik!“ (Punkt 10).

Der NPD-Standpunkt in dieser Frage ähnelt dem der Ultrationalisten Rumäniens, Serbiens und Ungarns, die territoriale Forderungen gegenüber Nachbarstaaten erheben, in denen ein bestimmter Anteil der „eigenen Volksgruppe“ seit langem ansässig ist. Mag ein solches Denken nicht in jeder Form in Konflikt mit dem Konzept des Ethnopluralismus geraten, treten unüberbrückbare Spannungen auf, wenn die NPD den uralten Reichsmythos beschwört. Zwar fordert sie keinen „Lebensraum im Osten“. Doch beflügelt die Reichsidee weitreichende Großmachtphantasien: „Das Reich war jahrhundertlang europäische Ordnungsmacht. Es spiegelte die gemeinsame mythische Wurzel der europäischen Völker indoeuropäischer Sprache und alteuropäischer Kultur. Die Wiederherstellung

des Deutschen Reiches ist wichtigste Aufgabe der deutschen Nationalisten.“⁷¹ Die Vorstellung eines „Protektorats“ zeichnet sich ab, wenn die NPD die Idee des Reichs damit legitimiert, es gewähre „den kleineren europäischen Völkern Hilfe gegen raumfremde Ideen und Imperialismen“.⁷² Der für den Nationalsozialismus charakteristische pangermanische Großmachtanspruch blitzt an dieser Stelle auf.

Insgesamt zählt die NPD im europäischen Vergleich zu jenen Rechtsaußenparteien, die sich besonders intensiv an Vorbildern der Zwischenkriegszeit orientieren, an die „vielen guten Seiten“ der historischen Faschismen/des historischen Nationalsozialismus anzuknüpfen gedenken.⁷³ Die dogmatische Kernideologie begrenzt die populistische Reaktionsfähigkeit auf wechselnde Wählererwartungen, wie sie einige der in der Vergangenheit besonders erfolgreichen Formationen an den Tag legten.⁷⁴

In einer theoretisch wie methodisch anspruchsvollen komparativen Studie hat Elisabeth Carter fünf Typen europäischer Rechtsaußenparteien unterschieden, je nachdem ob sie 1) die Immigrationsfrage in den Mittelpunkt stellen, 2) rassistisch sind und/oder 3) Demokratie, 4) Parlamentarismus und 5) Pluralismus entschieden bekämpfen. „Neo-Nazi parties“ erfüllen alle drei Kriterien; „Neo-fascist parties“ lehnen Demokratie, Parlamentarismus und Pluralismus ab, sind aber weder xenophob noch rassistisch; „Authoritarian xenophobic parties“ sind stark xenophob, kulturalistisch (ethnopluralistisch) und schwächer antidemokratisch, „Neo-liberal xenophobic parties“ dagegen stark xenophob und kulturalistisch, aber nicht antidemokratisch; „Neo-liberal populist parties“ schließlich erscheinen weder xenophob noch rassistisch noch antidemokratisch/antipluralistisch.⁷⁵ Wer diese Typologie akzeptiert, gelangt mit Blick auf die NPD zu einer klaren Einordnung: Es handelt sich um eine „Neo-Nazi party“. Sie zählt mithin zu jenen Formationen, die den historischen Vorbildern der Zwischenkriegszeit ideologisch-programmatisch am nächsten stehen. Ihre Affinität zur NS-Ideologie kann professionellen Beobachtern kaum verborgen bleiben, zumal die Partei keineswegs konsequent politische Mimikry praktiziert. Sie distanziert sich zwar von gewaltorientierter Strategie, macht aber aus ihrer Systemfeindschaft kein Hehl, will den demokratischen Verfassungsstaat revolutionär überwinden, propagiert den „nationalen Sozialismus“, bekennt sich zu „völkischen“ Prinzipien und verbreitet ein Geschichtsbild, in dem sich das NS-Regime der Vorkriegszeit vorteilhaft von dem des westlichen Nachkriegsdeutschland abhebt.

Eine Partei dieses Typs stößt in der Bundesrepublik auf ungünstige Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen. Ein erster wichtiger Faktor ist das im Grundgesetz verankerte Konzept der „streitbaren Demokratie“, auch wenn es im Falle des NPD-Verbotsverfahrens auf Grenzen gestoßen ist. „Streitbare Demokratie“ erschöpft sich jedoch nicht in der Möglichkeit des Parteiverbots. Zu erwähnen ist vor allem die Einrichtung des behördlichen Verfassungsschutzes, der über die Aktivitäten jener Formationen kritisch und öffentlich berichtet, die mit Grundnormen des demokratischen Verfassungsstaates in Konflikt geraten. Die Vorverlagerung des Demokratieschutzes in den Raum nicht-gewaltförmigen Handelns, verbunden mit der Veröffentlichung der Beobachtungsergebnisse in Berichten auf Bundes- und Landesebene, findet im europäischen Ausland keine vollgültige Entsprechung. Die Ergebnisse der Verfassungsschutzberichte werden in der Öffentlichkeit aufmerksam wahrgenommen und stellen einen Wettbewerbsnachteil für alle jene Parteien dar, die in ihnen Erwähnung finden.⁷⁶ Davon betroffen sind auch Organisationen, gegen die der Einsatz der in der Verfassung verankerten Abwehrinstrumente (wie Vereinigungsverbot, Parteiverbot, Verwirkung von Grundrechten, Zulassungsbeschränkung bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst) nicht ernsthaft erwogen wird, etwa weil deren Anwendung als inopportun oder juristisch schwer durchsetzbar erscheint.⁷⁷

Dieser institutionelle Faktor wird durch eine politisch-kulturelle Besonderheit verstärkt, die der amerikanische Politikwissenschaftler David Art im deutsch-österreichischen Vergleich herausgearbeitet hat. Die Erfolge der FPÖ seien durch eine bei österreichischen Eliten anzutreffende „Viktimisierungskultur“ (Österreich als erstes Opfer der Nationalsozialisten) begünstigt worden, während in Deutschland eine von sämtlichen Eliten getragene „Reuekultur“ („culture of contrition“) den Erfolg einer Partei vom Schlege der REP verhindert habe.⁷⁸ Die Intensität der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit ziehe in Deutschland eine überaus kritische öffentliche Auseinandersetzung mit all jenen Phänomenen und Entwicklungen nach sich, die auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit dem historischen Original aufwiesen. Die großen Parteien überbieten sich geradezu in der Geißelung des Rechtsextremismus, wobei sich die Skandalisierungsinteressen von Politikern nicht selten mit denen von Journalisten treffen und ungefiltert Eingang in die veröffentlichte Meinung finden. In einer solchen Atmosphäre haben es Rechtsaußenparteien besonders schwer, Gehör und Akzeptanz zu finden. Selbst die populistische „single issue movement“ (Kriminalitätsbekämpfung) des

ehemaligen Hamburger Richters Ronald Schill („Schill-Partei“), die sich bei aller Radikalität ihrer Forderungen klar vom Rechtsextremismus distanzierte, wurde mit Verdächtigungen dieser Art konfrontiert.⁷⁹

Die Wechselwirkung von NS-Traumatisierung, hoher Sensibilität gegenüber den „Gefahren von rechts“ und politischer Instrumentalisierung aus edlen (wie mitunter auch weniger edlen) Motiven präformiert das Bündnisverhalten der demokratischen Parteien gegenüber Rechtsaußenparteien zumeist. Rechtsextremistische und nationalpopulistische Parteien stoßen in Deutschland auf ein „exclusionary oligopoly“.⁸⁰ Was mit Blick auf die Linke/PDS in einer hier eher zur Großzügigkeit neigenden Öffentlichkeit als gerade noch akzeptabel durchgehen mag, wäre mit Blick auf die REP – beispielsweise – als unverzeihlicher Fauxpas gewertet worden. Für den harten Rechtsextremismus der NPD gilt dies umso mehr.

Die NPD sieht sich einer massiven gesellschaftlichen Gegenmobilisierung gegenüber. Wo immer sie demonstrierend in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt, ist sie mit einer Überzahl von Gegendemonstranten konfrontiert. Konten der NPD werden gekündigt; Druckereien nehmen keine Aufträge an; Hoteliers verweigern die Beherbergung von NPD-Abgeordneten; Gastwirte und Pächter stellen keine Räume für Parteiveranstaltungen zu Verfügung; Gemeinden versuchen den Erwerb von Immobilien durch die NPD zu verhindern. Die Liste ließe sich verlängern.⁸¹ Die Strategie der Ausgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien wird mit besonderer Schärfe von antifaschistischen „watchdogs“⁸² betrieben, die teils Aufklärung im Sinne wehrhafter Demokratie betreiben, teils aber auch dazu neigen, über das Ziel hinauszuschießen. Die kriminelle Dimension des „Kampfes gegen rechts“ enthüllen die vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen zumeist linksextrem motivierten Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten.⁸³

So unzulässig manche Methoden im Rechtsextremismus-Abwehrkampf auch sind: Dem Bemühen von Rechtsaußenparteien werden in Deutschland hohe Hürden in den Weg gestellt. Sie finden daher auch kaum positive Resonanz in den Medien, geschweige denn, dass ihnen – wie Mitte der achtziger Jahre Le Pen in Frankreich – aus politischem Kalkül ein Forum geboten würde.⁸⁴ Rechtsaußenparteien – auch solche mit ausgeprägt populistischem Profil – haben es in Deutschland daher schwer, kompetentes politisches Personal an sich zu ziehen, da jeder, der sich ihnen nähert, fürchten muss, berufliche Karrierenachteile zu erleiden.

Alle erwähnten Faktoren zusammengenommen bilden eine wirkungsvolle Barriere, die mittelfristig kaum zu überwinden sein dürfte. Entwarnung wäre dennoch fehl am Platze. Der Schutz des demokratischen Verfassungsstaates ist eine Daueraufgabe, deren Erfüllung von vielen Voraussetzungen abhängt: der Funktionsfähigkeit der politischen Gewalten, der Effektivität des Regierungshandelns, der Wirksamkeit des institutionellen Demokratieschutzes, der Verankerung demokratischer Normen, der Vitalität demokratischer Bürgerkultur, nicht zuletzt auch der Wahrung der äußeren Sicherheit. Selbst wenn all diese Anforderungen erfüllt werden, können schwere Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen, terroristische Anschläge oder kriegerische Bedrohungen Einfallstore für extremistische Bewegungen – welcher Couleur auch immer – schaffen. Auf der extremen Rechten wäre aber selbst dann einer Formation von der Art der NPD kaum ein Durchbruch zuzutrauen, weit eher schon einer national-populistischen Bewegung mit charismatischer Führung und einer für breitere Kreise verführerischen Programmatik.

- 1| Vgl. Backes, Uwe/Steglich, Henrik: *Wer ist wer in der NPD? In: Dies.: Die NPD... – S. 401-413.*
- 2| So Werz, Nikolaus: *Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. In: Schoon, Steffen/ders. (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. – Rostock: Universität, Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften, 2006. – S. 8.*
- 3| Vgl. VSB 2006. – S. 81 f.
- 4| Siehe dazu ausführlich den Beitrag von Vieregge, Elmar: *Die NPD und die Immobilien. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 19 (2007) (im Erscheinen).*
- 5| Vgl. Ignazi, Piero: *Extreme Right Parties in Western Europe. – Oxford: Oxford University Press, 2003. – S. 197-218.* Kitschelt, Herbert / McGann, Anthony J.: *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. – Ann Arbor: University of Michigan Press, 1995.* Rydgren, Jens: *The Populist Challenge. Political Protest and Ethno-Nationalist Mobilization in France. – New York: Berghahn Books, 2004. – S. 226-232.* Siehe dazu auch: Kailitz, Steffen: *Das ideologische Profil rechter (und linker) Flügelparteien in den westeuropäischen Demokratien. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen Herbert Kitschelts. In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006. – S. 283-320.*
- 6| NPD: *Parteiprogramm. – 10. Aufl. – Berlin 2004 (1997). 1. Abschnitt („Grundlage des Staates ist das Volk“).*
- 7| Ebd. 2. Abschnitt („Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“).
- 8| NPD: *Politisches Lexikon. Art. „Nation, Nationalismus“.* Siehe zu Günther / Waldmann vor allem: Bartsch, Günter: *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten. – Freiburg im Breisgau: Herder, 1975. – S. 25 f.* Schönekas, Klaus: *Bundesrepublik Deutschland. In: Greß, Franz / Jaschke, Hans-Gerd / ders.: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien. – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990. – S. 218-347, hier S. 294.*

- 9| NPD: *Politisches Lexikon. Art. „Multikulturell“.*
- 10| NPD: *Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. – Berlin 2006. Punkt 1.2. „Warum lehnt die NPD die multikulturelle Gesellschaft ab?“.*
- 11| Siehe dazu ausführlich: Kailitz, Steffen: *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD... – S. 337-354.*
- 12| NPD: *Politisches Lexikon. Art. „Multikulturell“.*
- 13| So zuletzt Voigt, Udo: *Heimführung statt Bleiberecht! In: Deutsche Stimme, (2007) 4, S. 2.*
- 14| NPD: *Argumente. Punkt 1.2. „Warum lehnt die NPD die multikulturelle Gesellschaft ab?“.*
- 15| Ebd.: *Punkt 1.3. „Die NPD redet immer vom Ausländerproblem, dabei ist der Ausländeranteil in Mitteldeutschland doch noch gering“.*
- 16| Ebd.: *Punkt 1.4. „Die NPD will die Ausländerrückführung. Was ist mit den Kindern gemischtethnischer Beziehungen (Mischlingen)?“.*
- 17| Vgl. Mudde, Cas: *The ideology... – S. 171.*
- 18| NPD: *Argumente. Punkt 1.4. „Die NPD will die Ausländerrückführung. Was ist mit den Kindern gemischtethnischer Beziehungen (Mischlingen)?“.*
- 19| Vgl. Frey, Gerhard: *Wer hat Angst vor David Odonkor? Warum deutsche Staatsbürger (halb)afrikanischer Herkunft in unserer WM-Auswahl zuallerletzt als Feindbild taugen. In: Deutsche National-Zeitung vom 23. Juni 2006, S. 6.*
- 20| Zur Mühlen, Patrick von: *Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe. – Bonn: Dietz, 1977. – S. 12.* Siehe auch Breuer, Stefan: *Anatomie... – S. 87.*
- 21| Vgl. Greven, Thomas: *Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance. In: ders. / Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. – Wiesbaden: VS, 2006. – S. 15-29.*
- 22| *Die NPD hat das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ umfangreich begründet: NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand. – Berlin 2006.*
- 23| Vgl. Rydgren, Jens: *From Tax Populism to Ethnic Nationalism. Radical Right-Wing Populism in Sweden. – New York: Berghahn Books, 2006.*
- 24| Vgl. Kitschelt, Herbert/McGann, Anthony J.: *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1995.*
- 25| Zitat ist nicht aus Zeitungsartikel sondern aus Rede http://www.npd-oderland.de/html/nachrichtenarchiv_2004_13.html
- 26| „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Siehe Schwarz, Moritz: *„Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. In: Junge Freiheit, 40/2004. – S. 3. – <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> [26. Februar 2008]*
- 27| NPD: *Politisches Lexikon. Art. „Sozialismus“.*
- 28| Ebd.
- 29| Vgl. zuletzt Mudde, Cas: *Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme. In: Backes / Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit... – S. 87-104.* Minkenberg, Michael / Perrineau, Pascal: *The Radical Right in the European Elections 2004. In: International Political Science Review 28 (2007), S. 29-55, hier S. 30.*
- 30| *Vorwärts zur deutschen Revolution! Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 28. Januar 2006 in Berlin. <http://www.jn-buvo.de> [6. März 2007]*

- 31| „Respektlosigkeit als politische Waffe verwenden“. Im Gespräch mit Götz Kubitschek vom „Institut für Staatspolitik“. In: *Deutsche Stimme*, (2007) 1, S. 3. Das hindert Kubitschek allerdings nicht, an anderer Stelle zu schreiben: „So, wie unser Staat gebaut ist, ist er kaum zu stabilisieren. In seinen Fundamenten finden sich viele Einschlüsse, die der Nation das Verderben bringen. Und er zerstört durch seine derzeitige Politik die Substanz des deutschen Volkes, das ohne Wenn und Aber die Grundlage einer deutschen Zukunft ist.“ Vgl.: *Preußen! Und nun? Vortrag von Götz Kubitschek im Rahmen des 12. Berliner Kollegs des Instituts für Staatspolitik (IfS)*, gehalten am 18. November 2006. <http://staatspolitik.de/pdf/kubitschek-preussen.pdf> [5. Februar 2007]
- 32| „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Siehe Schwarz, Moritz: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. In: *Junge Freiheit*, 40/2004. – S. 3. – <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> [26. Februar 2008]
- 33| NPD: Politisches Lexikon. Art. „Demokratie“.
- 34| Ebd.: Art. „Elite“.
- 35| NPD: Argumente. Punkt 3.10. „Ist die NPD eine antidemokratische Partei?“.
- 36| Ebd.
- 37| NPD: Politisches Lexikon. Art. „Faschismus“.
- 38| NPD: Argumente. Punkt 3.7. „Wie steht die NPD zum Grundgesetz?“.
- 39| Ebd.. Punkt 3.4. „Wie steht die NPD zur Gewaltfrage?“.
- 40| Vgl. Pedahzur, Ami / Weinberg, Leonard: *Political Parties and Terrorist Groups*. – New York: Routledge, 2003. Rabert, Bernhard: *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*. – Bonn: Bernard & Graefe, 1995.
- 41| Vgl. Bull, Hans Peter / Quack, Karl Heinz: *Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD vom 29. Januar 2001*, S. 61 ff.
- 42| Willig, Brechen wir die Fronten. In: *Deutsche Stimme*, (2007) 1, S. 4.
- 43| Vgl. Zitelmann, Rainer: *Der Nationalsozialismus*. In: Fetscher, Iring / Münkler, Herfried (Hrsg.): *Pipers Handbuch der Politischen Ideen*. Bd. 5. – München: Piper, 1987. – S. 327-332, hier S. 327 f.
- 44| NPD: Argumente. Punkt 1.11. „Die NPD spricht immer nur von Völkern. Dabei sind wir doch alle Menschen“.
- 45| Vgl. Zehnpfennig, Barbara: *Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation*. – 3. Aufl. – München: Fink, 2006. Zitelmann, Rainer: *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*. – 2., überarb. und ergänzte Aufl. – Stuttgart: Klett-Cotta, 1989. – insbes. S. 205-227, 254-274, 457-462.
- 46| NPD: Politisches Lexikon. Art. „Menschenbild (wirkliches Menschenbild)“.
- 47| Ebd.: Art. „Dritte Position, Dritter Weg“.
- 48| Schwab, Jürgen: *Nationaler Antikapitalismus*. In: *Hier & Jetzt*, (2007) 6, S. 10-14, hier S. 13.
- 49| Gansel, Jürgen: *Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima*. In: *Deutsche Stimme*, (2006) 5, S. 19.
- 50| Vgl. Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen W. Gansel in der 8. Sitzung des Sächsischen Landtages am 21. Januar 2005.
- 51| Vgl. Hartleb, Florian: *Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?* In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hrsg.): *Die NPD...* – S. 355-382.
- 52| NPD-Parteivorstand: *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland*. Kurzfassung. – Berlin 2005. – S. 1.

- 53| Siehe etwa Apfel, Holger: *Volkskommunität statt „kontrollierte“ Zuwanderung! Leitlinien für eine nationaldemokratische Politik*. In: *Deutsche Stimme*, (2005) 8, S. 4: „vor dem volksfeindlichen Zeitgeist kapitulieren“. Vgl. dazu nur Heydrich, Reinhard: *Die Bekämpfung der Staatsfeinde*. In: *Deutsche Rechtswissenschaft* 1 (1936), S. 97-100, hier 97: „Dementsprechend kennen wir Nationalsozialisten nur den Volksfeind. Er ist immer derselbe, er bleibt sich ewig gleich. Es ist der Gegner der rassischen, volklichen und geistigen Substanz unseres Volkes.“
- 54| Vgl. nur NPD: *Politisches Lexikon*. Art. „Menschenbild (wirkliches Menschenbild)“.
- 55| Vgl. Lang, Kai-Olaf: *Polens Demokratie in Gefahr? – Die Kaczyński-Brüder an der Macht*. In: *Totalitarismus und Demokratie* 4 (2007), S. 45-62. Minkenberg, Michael: *Der europäische Rechtsradikalismus heute – Profile in West und Ost und der Vergleich des Unvergleichbaren*. In: Ders. / Sucker, Dagmar / Wenninger, Agnieszka (Hrsg.): *Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven*. – Bonn: Informationszentrum Sozialwiss., 2006. – S. 14-36, hier S. 30. Ders.: *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- 56| Vgl. Camus, Jean-Yves: *Front national...* – S. 139-148.
- 57| Rieger, Jürgen: *Der Kampf der Kulturen*. <http://asatru.de/nordzeit> [2. April 2007]
- 58| Vgl. nur Trenkmann, Thoralf: *Jüdisches Finanztrio bald komplett*. In: *Deutsche Stimme*, (2004) 10, S. 18.
- 59| Siehe dazu ausführlich: Wetzel, Juliane / Herkommer, Christina: *Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998-2001*. – Berlin: Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Juni 2002.
- 60| Benz, Wolfgang: *Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum*. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 14 (2005), S. 61-71, hier S. 71.
- 61| NPD: Argumente. Punkt 1.6. „Ist die NPD eine ‚antisemitische‘ Partei?“.
- 62| Gansel, Jürgen W.: *Befreiung oder Niederwerfung? Plädoyer für das Ende eines Begriffsbetruges*. In: *Deutsche Stimme, Sonderveröffentlichung, Beilage zu 2005 (5)*, S. 1 f., hier S. 1.
- 63| *Ansprache des NPD-Bundesvorsitzenden*, S. 127 f.
- 64| „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Siehe Schwarz, Moritz: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. In: *Junge Freiheit*, 40/2004. – S. 3. – <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> [26. Februar 2008]
- 65| Vgl. „Volksstaat gegen Weltherrschaft. Der Publizist Jürgen Schwab über sein neues Buch zum Thema „Nationalstaat oder Globalisierung“. In: *Deutsche Stimme*, (2002) 7, S. 3. Siehe zu Schwabs Position: Pfahl-Traughber, Armin: *Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei*. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.): *Die NPD...* – S. 383-398.
- 66| Vgl. Schwab, Jürgen: *Die NPD und ihr „Staat“*. – http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/npd_staat.htm [15. Februar 2007]
- 67| Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: *Zeitschriftenporträt: Nation Europa*. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 12 (2000), S. 305-322.
- 68| Vgl. Schönekas, Klaus: *Bundesrepublik Deutschland. Taguieff, Pierre-André: Sur la Nouvelle droite. Jalons d'une analyse critique*. – Paris: Descartes, 1994.

- 69| NPD: Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft. – Stuttgart 1987. Punkt X.
- 70| NPD-Parteivorstand: Das strategische Konzept der NPD. In: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. – Stuttgart: Deutsche Stimme Verlag, 1999. – S. 356-360, hier 359. Vgl. auch Cremet, Jean: Eine „Partei neuen Typs“? Die NPD zwischen NS-Nostalgie und Nationalbolschewismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1079-1087.
- 71| NPD: Politisches Lexikon. Art. „Reich“.
- 72| Ebd.
- 73| Vgl. Ignazi, Piero: Extreme Right Parties in Western Europe... – S. 2 f.
- 74| Vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus. Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. – Wien: Braumüller, 2005. Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus. Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe.
- 75| Vgl. Carter, Elisabeth: The extreme right in Western Europe. Success or failure? – Manchester: Manchester University Press, 2005. – S. 50-54.
- 76| Vgl. Backes, Uwe: Probleme der Beobachtungs- und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS. In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit. – Köln, 2000. – S. 213-231. Bertram, Günter: Hoheitliche Tugendwächter: Verfassungsschutz und „Neue Rechte“. In: Neue Juristische Wochenschrift (2004), S. 344-347. Doll, Hans-Jürgen: Der Verfassungsschutzbericht – ein unverzichtbares Mittel zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politisch motivierten Extremismus. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, (2005), S. 658-661.
- 77| Vgl. zu den Besonderheiten der „streitbaren Demokratie“: Jaschke, Hans-Gerd: Die Zukunft der „streitbaren Demokratie“. In: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 109-122. Jesse, Eckhard: Demokratieschutz. In: ders. / Sturm, Roland (Hrsg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven. – Opladen: Leske + Budrich, 2003. – S. 449-474.
- 78| Vgl. Art, David: Reacting to the Radical Right. Lessons from Germany and Austria. In: Party Politics 13 (2007), S. 331-349. Ders.: The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria. – New York: Cambridge University Press, 2006.
- 79| Vgl. Decker, Frank: Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 21 (2002), S. 22-31, hier 28.
- 80| So treffend: Kestel, Laurent / Godmer, Lauren: Institutional inclusion and exclusion of extreme right parties. In: Eatwell, Roger/Mudde, Cas (Hrsg.): Western Democracies and the New Extreme Right Challenge. – London: Routledge, 2004. – S. 133-149, hier 135.
- 81| Siehe aus NPD-Sicht: Szymanski, Holger: Scheinheilige Demokraten. Die Repressionen gegen die nationale Opposition nehmen zu. In: Deutsche Stimme, (2007) 12.
- 82| Für die USA untersucht diese Wechselwirkung: Michael, George: Confronting Right-Wing Extremism and Terrorism in the USA. – New York: Routledge, 2003.
- 83| Vgl. Backes, Uwe: Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen. In: Politische Studien, Themenheft 1/2007, S. 31-43.
- 84| Vgl. Bergsdorf, Harald: Ungleiche Geschwister. Die deutschen Republikaner (REP) im Vergleich zum französischen Front National (FN). – Frankfurt a.M.: Lang, 2000. – S. 303-309.

5. STRATEGIEN ZUR ENTZAUBERUNG DER EXTREMISTEN

Wie gezeigt worden ist, zählt die NPD europaweit zu den „harten“ rechtsextremen Formationen mit Verbindungen zu militanten „Szenen“ und hoher Affinität zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit, insbesondere zu deren Extremform, dem deutschen Nationalsozialismus. Da eine derartige Kraft in Deutschland nur eine kleine Minderheit zu bezaubern vermag, dürfte es den großen demokratischen Parteien nicht schwer fallen, die Wähler von der Überlegenheit der eigenen Konzepte zu überzeugen. Derzeit dürfte die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und die Rückführung der Arbeitslosigkeit der wirksamste Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sein.

Darüber hinaus besteht die effektivste Abwehrstrategie in einer intensiven, breitenwirksamen geistigen Auseinandersetzung, die die Affinitäten der NPD gegenüber dem historischen Nationalsozialismus herausstellt und ihre Verflechtungen mit der militanten neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene offen legt. Diese Aufgabe dürfte umso leichter zu bewältigen sein, als die NPD sich nicht einmal in Wahlkampfzeiten konsequent in politischer Mimikry übt. Nicht wenige ihrer Repräsentanten machen „aus ihrem Herzen keine Mördergrube“, scheinen zudem provokative öffentliche Auftritte als notwendiges Mittel zur Erzielung von Aufmerksamkeit und zur Befriedigung einer jugendlich-militanten

Klientel anzusehen. In welcher Weise die nationalsozialistischen Neigungen der NPD wirkungsvoll entlarvt werden können, hat jüngst der Dresdner Politikwissenschaftler Steffen Kailitz eindrucksvoll vorexerziert, indem er auf drastische Weise die potentiellen Auswirkungen des NPD-„Ausländerrückführungsprogramms“ aufzeigte, würde es nach einer Regierungsübernahme konsequent in die Tat umgesetzt: „Das Kernprojekt der NPD ist die Vertreibung von rund elf Mio. Menschen. [...] Der Plan für einen neuerlichen staatlichen Raubzug unter der völkischen Parole einer Nationalisierung ist im Programm der heutigen NPD in erstaunlich offener Weise dargelegt. [...] Im Unterschied zur historischen NSDAP, deren 25-Punkte-Programm sehr vage formuliert war, hat die heutige NPD dabei vor allem in ihrem Aktionsprogramm die meisten ihrer Karten auf den Tisch gelegt.“¹

Wenn Kailitz' Diagnose zutrifft, scheint evident, dass die geistige Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der NPD in der breiten Öffentlichkeit bislang zu wenig geführt wird. Sie sollte intensiviert werden, zumal es sich um das der freiheitlichen Demokratie angemessenste Abwehrinstrument handelt. Das schonungslose Offenlegen von Tatsachen kann Menschen von Irrwegen abbringen und denen, die in ihren Orientierungen schwankend sind, wichtige Hilfestellungen geben. Alle Träger freiheitlich-demokratischer politischer Bildung und Erziehung, ob privat oder staatlich verfasst, verdienen nachhaltige Unterstützung. Sie sollten sich in ihrer Arbeit von folgenden Maximen leiten lassen:

- Trotz der Notwendigkeit zur pädagogischen/didaktischen Vereinfachung so differenziert wie möglich informieren!
- Kein Zerrbild von der NPD zeichnen, sachlich und korrekt über ihre Repräsentanten berichten, dehumanisierende Darstellungsformen („braune Ratten“) strikt unterlassen!
- Propagandistische Tricks entlarven: Übertreibung, Dramatisierung, Verzerrung, Einseitigkeit, selektive Sichtweisen, perspektivische Verkürzungen, Ausbeutung von Ressentiments, Appell an niedere Instinkte, Schüren von Ängsten gehören zum Handwerkszeug der extremen Rechten.
- Keine Klischeebilder über „den Faschismus“ zeichnen, sich auf das Gegenüber inhaltlich einlassen!
- Bei den „Schulhof-CDs“ der NPD gibt es die Möglichkeit, sie zum Gegenstand des Schulunterrichts zu machen.

Eine vitale, demokratische Bürgerkultur lässt politischen Extremismus nicht Raum greifen. An konkreten Problemen orientierte Initiativen „vor Ort“ können vieles leisten, was die Kräfte staatlicher Institutionen übersteigt. Die laufenden Förderprogramme erscheinen sinnvoll, sofern eine regelmäßige Evaluierung erfolgt, bei der auch die Beachtung rechtstaatlicher Grundsätze zu überprüfen ist. Im „Kampf gegen rechts“ (eine im Übrigen mehr als fragwürdige Parole, da kein Demokrat auf die Idee käme, einen „Kampf gegen links“ auszurufen, die Formel „Kampf gegen Rechtsextremismus“ ist hier zu bevorzugen) ist nicht jedes Mittel erlaubt. Zivilcourage legt an den Tag, wer sich rechtsextremem Treiben entgegenstellt und dabei ein persönliches Risiko eingeht. Poststellen, die es ablehnen, NPD-Sendungen zu befördern, Hoteliers, die sich weigern, NPD-Abgeordnete als Gäste zu beherbergen, verdienen kein öffentliches Lob, da ihr Verhalten weder riskant noch rechtsstaatlich unbedenklich ist. Die gute Absicht allein qualifiziert eine Handlung noch nicht als tugendhaft und nachahmenswert. Auch wer extreme politische Ansichten vertritt, ist als Bürger nicht rechtlos, wie ärgerlich das für den ein oder anderen mitunter auch sein mag. Kein Verständnis verdienen jene, die gar meinen, der NPD mit Gewalt entgegenzutreten zu dürfen.

Formen einer mitunter unzivilen Gesellschaft führen vor Augen, dass wirksamer Demokratieschutz nicht allein auf den Schultern der Bürgergesellschaft ruhen kann. Er bedarf funktionsfähiger, freiheitssichernder Institutionen und eines effektiven, strikt an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten Sicherheitsapparats. Das Demokratieschutz-Konzept der „streitbaren Demokratie“ sollte allerdings nicht in erster Linie als repressives, in die Freiheitsrechte von Verfassungsfeinden eingreifendes Instrumentarium verstanden werden. In erster Linie geht es um die Behütung der elementaren Werte und Verfahrensregeln mittels Identifikation, Benennung, Beobachtung und Beschreibung extremistischer Tendenzen, insbesondere in ihren organisierten Formen. Dem behördlichen Verfassungsschutz kommt dabei eine zentrale Aufgabe zu. Seine intensive, in die breite Öffentlichkeit wirkende Berichtstätigkeit ist mitunter kontrovers und bedarf rechtsstaatlicher Kontrolle; sie hat jedoch im Großen und Ganzen einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit geleistet und im Ausland Nachahmung gefunden.

Demgegenüber wird die repressive Seite der „streitbaren Demokratie“ in ihrer Bedeutung vielfach überschätzt. Das Mittel der Beschränkung politischer Aktivrechte (Artikel 18 Grundgesetz) blieb bislang bedeutungslos,

weil das Bundesverfassungsgericht seiner Anwendung mit Recht hohe Hürden in den Weg stellte. Nur von der Möglichkeit des Vereinigungsverbots (Artikel 9,2 Grundgesetz) wurde in der Praxis häufig Gebrauch gemacht – mit zweifelhaftem Erfolg. Dies zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Verbotsstatistik und die Entwicklung der von den Verfassungsschutzämtern erhobenen Organisationsdaten. In den Jahren 1992 bis 2006 wurden nicht weniger als 24 rechtsextremistische Vereinigungen in Bund und Ländern verboten. Doch das entsprechende Personenpotential stieg fast kontinuierlich weiter an (siehe Tab. 11).

Tab. 11: Vereinigungsverbote und Anhängerpotential des subkulturellen Rechtsextremismus

Jahr	Anhängerpotential des subkulturellen Rechtsextremismus			Verbote rechtsextremer Vereinigungen in Bund und Ländern
	Neo-NS-Szene	„Gewaltbereite“, insbes. Skinheads	Anhänger insgesamt	
1991	2.100	4.200	6.300	
1992	1.400	6.400	7.800	NF, DA, NO
1993	1.500	5.600	7.100	NB, HVD, FFD
1994	3.740	5.400	9.140	WJ
1995	2.480	6.200	8.680	FAP, NL
1996	2.690	6.400	9.090	
1997	2.400	7.600	10.000	
1998	2.400	8.200	10.600	
1999	2.200	9.000	11.200	
2000	2.200	9.700	11.900	BH, WY
2001	2.800	10.400	13.200	SSS, NWP
2002	2.600	10.700	13.300	
2003	3.000	10.000	13.000	
2004	3.800	10.000	13.800	FAF
2005	4.100	10.400	14.500	Tor Berlin, Berliner Alternative Süd-Ost, Hauptvolk, Sturm 27
2006	4.200	10.400	14.600	Schutzbund Deutschland

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes. Abkürzungen: BH – Blood & Honour, DA – Deutsche Alternative, FAF – Fränkische Aktionsfront, FAP – Freie Deutsche Arbeiterpartei, FFD – Freundeskreis Freiheit für Deutschland, HVD – Heimattreue Vereinigung Deutschlands, NB – Nationaler Block, NF – Nationalistische Front, NL – Nationale Liste, NO – Nationale Offensive, NWP – Nationaler Widerstand Pirna, SSS – Skinheads Sächsische Schweiz, WJ – Wiking Jugend, WY – White Youth.

Die Vielzahl der Vereinigungsverbote seit 1992 führte offenkundig nicht zu einer Verringerung des entsprechenden Anhängerpotentials. Vielmehr organisierten sich die Szenen verstärkt in loser, informeller Form. Von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an gewann die NPD für einen Teil der von Verboten betroffenen Aktivisten an Attraktivität. Das NPD-Verbot unterbrach diesen Trend nur für kurze Zeit, sein Scheitern verstärkte ihn.

Das Parteiverbot (Artikel 21,2) wurde in der Geschichte der Bundesrepublik nur zweimal angewandt – was zur Stabilisierung der jungen Demokratie beigetragen haben könnte. Dass es sich in den letzten Jahren als Mittel der Rechtsextremismus-Bekämpfung bei Politikern verschiedener Parteien so hoher Wertschätzung erfreut, verdankt es aber vor allem seiner symbolischen Wirkung, lässt sich auf diese Weise doch besonders eindrucksvoll Problem- und Handlungsbereitschaft demonstrieren.

Unter den wissenschaftlichen Beobachtern überwiegt demgegenüber die Skepsis bei weitem. Das Parteiverbot gehört zum klassischen Repertoire des autokratischen Staatsschutzes. Seine Einführung in das Grundgesetz war Ausdruck der traumatischen Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Republik und der Legalitätstaktik der Nationalsozialisten. Wissenschaftliche Anhänger einer „militant democracy“ wie Karl Loewenstein vertraten bereits in den fünfziger Jahren die Auffassung, die Anwendung eines demokratietheoretisch derart problematischen Abwehrinstruments sei allenfalls in Zeiten höchster Bedrohung statthaft, um das Schlimmste zu verhüten. Eine konsolidierte Demokratie habe es nicht nötig, sich derartiger Mittel zu bedienen. Von den sechziger Jahren an befürworteten die meisten Sicherheitspolitiker der großen demokratischen Parteien die Anwendung des „Opportunitätsprinzips“ bei der Anwendung der Abwehrinstrumente. Zu Recht wurde auf ihre vielfach kontraproduktiven Wirkungen hingewiesen: Verbote seien ein bequemes Mittel, schafften ein Problem jedoch nicht aus der Welt. Die Anhänger verbotener Organisationen gingen womöglich in den Untergrund, griffen zum Mittel der Gewalt. Verbote erschwerten die Beobachtung und eine realistische Gefahreinschätzung. Die 1956 verbotene KPD wurde unter anderem Namen (DKP) 1968 auch deshalb wieder zugelassen, weil man nicht länger in einem Atemzug mit autoritären Regimen genannt werden wollte, in denen – wie in Franco-Spanien – Parteiverbote bestanden.

Angesichts all dieser Erfahrungen war es schon 2001 problematisch, das rostige Schwert des Parteiverbots aus der Waffenkammer zu holen. Dass mit seiner Anwendung ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung rechts-extrem motivierter Gewalt geleistet werden könnte, war ohnehin mehr als zweifelhaft, da jeder professionelle Beobachter ohnehin weiß, dass die Statistik rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten nicht vom NPD-Umfeld bestimmt wird. Die dann aufgetretenen Verfahrensprobleme fügten den bekannten Argumenten, die gegen ein Parteiverbotsverfahren sprachen, noch ein weiteres hinzu.

Sinnvoller erscheint demgegenüber eine Diskussion, die in jüngster Zeit eröffnet worden ist und darauf zielt, der NPD nicht ihre Freiheitsrechte zu beschneiden, ihr aber staatliche Vergünstigungen zu entziehen. Allerdings bedeutete auch dies eine Beeinträchtigung der Chancengleichheit einer Partei. Die Entscheidung darüber könnte daher nicht in die Hände der politischen Exekutive gelegt werden. Vielmehr bedürfte es auch hierzu eines verfassungsrichterlichen Urteilsspruchs. Zudem müsste die Maßnahme für alle Parteien/Organisationen gleichermaßen gelten, deren Verfassungswidrigkeit festgestellt wird – unabhängig von der jeweiligen ideologischen Orientierung. Die Diskussion darüber sollte also grundsätzlich, nicht allein mit Blick auf die NPD, geführt werden.

Dabei sollte der antitotalitäre und antiextremistische Konsens, auf dem die politische Ordnung des Grundgesetzes beruht, Richtschnur sein. Er wendet sich gegen jegliche Bestrebungen, die grundlegenden Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates widerstreiten und autokratischen Entwicklungen den Weg ebnen – seien sie rechtsextrem, linksextrem oder religiös-fundamentalistisch motiviert. Die wertorientierte Toleranz des Grundgesetzes schließt eine Haltung des „anything goes“ ebenso aus wie eine alarmistische Verfassungsmilitanz. Insofern ist die Parole „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!“, die nicht zufällig dem Jakobiner Saint-Just zugeschrieben wird, dem demokratischen Verfassungsstaat nicht angemessen. Die offene Gesellschaft muss ihren Mitgliedern viel zumuten, selbst wenn dies vielen als „unerträglich“ erscheinen mag. Im Interesse der Liberalität tut sie gut daran, die Grenze des als „unerträglich“ geltenden Sektors öffentlicher Bestrebungen und Bekundungen eng zu ziehen. Die freiheitliche Demokratie kann sich nämlich auch buchstäblich zu Tode schützen. Sie lebt vom Wettstreit der Meinungen und erfordert ein Mindestmaß an Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Bürger. Auch wer unter bestimmten Bedingungen Eingriffe in die Freiheitssphäre von

Einzelnen und sozialen Gruppen aus Gründen des Demokratieschutzes für erforderlich hält, tut gut daran, diese auf eng umrissene Tatbestände einzugrenzen. Sonst wird ein abschüssiger Weg beschritten, der das Ende individueller Freiheit bedeuten könnte.

1/ Kailitz, Steffen: *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*. In: Backes, Uwe / Steglich, Hendrik (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. – Baden-Baden: Nomos, 2007. – S. 337-353, hier S. 352.

DER AUTOR

Professor Dr. Uwe Backes, geb. am 2. Februar 1960 in Greimerath/Kreis Saarburg, Studium der Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Universität Trier; 1987 Promotion zum Dr. phil. („Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie“); 1997 Habilitation Universität Bayreuth („Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz“); 1997/98 Feodor Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am „Centre d'Étude de la Vie Politique Française“ (CEVIPOF), Paris; 1998/99 Heisenberg-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Forschungsaufenthalte in Washington D.C. und London); seit März 1999 Stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden; seit 2004 apl. Prof. an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden; Gastprofessuren in Innsbruck, Paris-Nanterre, Eichstätt und Nancy.

Buchveröffentlichungen u.a.

- „Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten“, Opladen 1989.
- „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ (mit Eckhard Jesse), 4. Aufl., Bonn 1996.
- „Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach“, Erlangen 1991.
- „Die extreme Rechte in Deutschland“ (mit Patrick Moreau), 2. Aufl., München 1994.
- „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ (Hrsg. mit Eckhard Jesse), 1989 ff.
- „Schutz des Staates. Von der Autokratie zur streitbaren Demokratie“, Opladen 1998.
- „Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese“, Düsseldorf 2000.
- „Vergleichende Extremismusforschung“ (mit Eckhard Jesse), Baden-Baden 2005.
- „Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart“, Göttingen 2006.
- „Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei“ (Hrsg. mit Henrik Steglich), Baden-Baden 2007.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard
 Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
 E-Mail: michael.borchard@kas.de

Dr. Viola Neu
 Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-2 69 96-35 06
 E-Mail: viola.neu@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: robert.bischoff@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im Ge-
sundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich